

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2004

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung: Wozu Auswärtige Kulturpolitik?	3
I. Grundlagen, Ziele, Ressourcen und Strategien	3
1. Grundlagen	3
2. Ziele	4
a. Wahrnehmung deutscher kultur- und bildungspolitischer Interessen	4
b. Vermittlung eines zeitgemäßen Deutschlandbildes/ Sympathiewerbung für Deutschland	4
c. Weltweite Konfliktprävention durch Wertedialog	5
d. Förderung des europäischen Integrationsprozesses	7
3. Ressourcen	7
4. Strategien	10
a. Regionale Schwerpunktsetzung	10
b. Verstärkte Nachfrageorientierung	11
c. Öffentlich-private Partnerschaft	11
d. Einführung neuer Steuerungsinstrumente	12
II. Arbeitsbereiche der Auswärtigen Kulturpolitik	13
1. Wissenschafts- und Hochschulaustausch	13
a. Internationale Rahmenbedingungen	13
b. Internationale Zusammenarbeit im Hochschulbereich – Hochschulmarketing	13
c. Internationale Zusammenarbeit durch akademischen Personenaustausch (Stipendien)	14
d. Internationalisierung von Studiengängen	14
e. Kooperationsprogramme mit entwicklungspolitischer Ausrichtung ..	15
2. Auslandsschulwesen	15
3. Berufliche Bildung und Weiterbildung sowie Lebenslanges Lernen	17

	Seite
4. Deutsche Sprache	17
5. Kulturelle Programmarbeit in Bildender Kunst, Musik, Theater und Tanz	19
6. Druck- und audiovisuelle Medien	20
a. Druckmedien	20
b. Film	21
c. Deutsche Welle	22
d. Elektronische Medien	23
7. Jugend, Schüler, Sport, Kirchen	23
a. Jugend	23
b. Schülerinnen und Schüler	24
c. Sport	25
d. Kirchen	25
8. Kulturgüterrückführung	25
a. Rückführung kriegsbedingt verlagerter Kulturgüter	25
b. Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter	26
9. Multilaterale Kulturzusammenarbeit	26
a. Europäische Union	26
b. Europarat	28
c. OECD	28
d. UNESCO	29
III. Mittlerorganisationen des Auswärtigen Amts und andere Einrichtungen der AKBP	30
1. Goethe-Institut (GI)	30
2. Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)	30
3. Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH)	31
4. Institut für Auslandsbeziehungen (ifa)	31
5. Bundesverwaltungsamt – Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA)	31
6. Pädagogischer Austauschdienst (PAD)	32
7. Deutsche UNESCO Kommission e. V. (DUK)	32
8. Deutsches Archäologisches Institut (DAI)	32
9. Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland (DGIA)	33
10. Kulturstiftung des Bundes (KSB)	33
11. Haus der Kulturen der Welt (HKW)	33
12. Deutsch-ausländische Kulturgesellschaften	34

Wozu Auswärtige Kulturpolitik?

Die Auswärtige Kulturpolitik (AKP)* ist ein unverzichtbarer Bestandteil deutscher Außenpolitik. Sie trägt zur Entwicklung der internationalen Beziehungen bei und stärkt zugleich die Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

Tragfähige internationale Beziehungen bedürfen eines kulturellen Fundaments. Dies haben nicht erst die jüngsten Entwicklungen gezeigt. Die AKBP trägt dazu bei, diese Grundlagen zu festigen. In engem Zusammenspiel mit der Pflege der auswärtigen politischen Beziehungen und der Außenwirtschaftsförderung kommt ihr die Aufgabe zu, die Menschen einander näher zu bringen. Sie orientiert sich an den übergreifenden Zielen deutscher Außenpolitik wie der Sicherung des Friedens, der Förderung der Demokratie und dem Schutz der Menschenrechte.

Ihre größtmögliche politische Wirkung über ihren kulturellen Eigenwert hinaus entfaltet die AKBP durch die enge Verzahnung mit den anderen Feldern der Außenpolitik. Wo es mit Hilfe der AKBP gelingt, zivilgesellschaftliche Strukturen aufzubauen, hat auch Sicherheitspolitik gute Chancen, nachhaltig erfolgreich zu sein. Deshalb sieht auch der „Aktionsplan Zivile Krisenprävention“, den die Bundesregierung im Sommer 2004 verabschiedet hat, eine starke Einbeziehung der AKBP bei der Vorbeugung und Bewältigung von Krisen vor.

Unser Engagement in Afghanistan verdeutlicht dies beispielhaft: Parallel zu den militärischen und politischen Stabilisierungsmaßnahmen werden dort nach über 20 Jahren Krieg und Bürgerkrieg mit deutschen Mitteln Schulen und Universitäten wieder aufgebaut, Lehrpläne aufgestellt, Kulturtechniken vermittelt und Schüler**, Lehrer und Hochschuldozenten ausgebildet. Das Goethe-Institut in Kabul leistet als erstes nach dem Krieg in Afghanistan wiedereröffnetes ausländisches Kulturinstitut Pionierarbeit in Kabul. Ziel dieses Engagements ist es, vor allem der jüngeren Generation wieder Zukunftsperspektiven zu eröffnen. Nur in dieser Kombination der Instrumente kann es gelingen, den Wiederaufbau der Zivilgesellschaft wirksam zu befördern und damit den Frieden in Afghanistan dauerhaft zu sichern.

Die große Bedeutung eines engen Zusammenwirkens außenpolitischen, außenwirtschaftlichen und außenkulturpolitischen Handelns zeigt sich auch im Projekt der europäischen Integration. Die Hindernisse, die die europäische Verfassungsgebung nach den negativen Voten der Bevölkerung in Frankreich und den Niederlanden überwinden muss, haben die kulturelle Dimension des europäischen Einigungsprozesses wieder verstärkt ins Blickfeld gerückt. Um die europäische Integration und die Identifizierung der Bürgerinnen und Bürger mit der Europäischen Union erfolgreich fortzuführen, bedarf es vielfältiger Anstrengungen. Die kulturelle Vielfalt Europas muss

* Da in diesem Bericht auch zahlreiche Bildungsthemen angesprochen werden, wird im Folgenden synonym zum Begriff „Auswärtige Kulturpolitik (AKP)“ auch der Begriff „Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP)“ verwendet.

** Sofern in diesem Jahresbericht aus Gründen der Lesbarkeit bisweilen auf die weibliche Form verzichtet wurde, ist dennoch im gesamten Text selbstverständlich immer auch die weibliche Form gemeint.

den Menschen ebenso wie die gemeinsamen kulturellen Wurzeln nahe gebracht werden. Die AKBP leistet hierzu einen wichtigen Beitrag.

Angesichts der Vielgestaltigkeit der Aufgaben, Ziele und Herausforderungen handeln im Rahmen der AKBP viele Akteure. Neben dem Auswärtigen Amt sind dies die Länder, die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, das Bundesministerium für Bildung und Forschung, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das Bundesministerium des Inneren u. a. m.. Vor allem aber sind es die Mittlerorganisationen, insbesondere das Goethe-Institut, der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), die Alexander von Humboldt-Stiftung und das Institut für Auslandsbeziehungen, die – in ihrer inhaltlichen Arbeit weitgehend frei – die AKBP gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt und seinen Auslandsvertretungen gestalten. Hinzu treten zunehmend private Akteure wie Stiftungen oder Vereine, die ihren jeweiligen Satzungsauftrag in Zusammenarbeit mit deutschen staatlichen Akteuren wie dem Auswärtigen Amt umsetzen.

Eine angemessene Mittelausstattung, die – unter Berücksichtigung der Haushaltslage – dem Umfang und der Bedeutung der Aufgaben entspricht, ist für die AKBP unverzichtbar. Ausgaben für die AKBP sind keine „Subventionen“, sondern unverzichtbare Investitionen in die Zukunft.

I. Grundlagen, Ziele, Ressourcen, Strategien

1. Grundlagen

Die AKBP der Bundesregierung ist langfristig angelegt. Ihre Stärke ist die globale Vernetzung: Kulturabteilungen von Auslandsvertretungen, Goethe-Institute, deutsche Auslandsschulen, Außenstellen des DAAD, entsandte Lektoren, deutsche Kulturgesellschaften und andere deutsche Kultureinrichtungen vor Ort bilden ein integriertes, alle Weltregionen abdeckendes, durch den Bund unterhaltenes Netz mit breitem außen- und kulturpolitischen Arbeitsauftrag.

Deutsche Kulturarbeit im Ausland leisteten 2004 unter anderem:

- 222 Botschaften, Generalkonsulate, Konsulate und Ständige Vertretungen,
- 132 Goethe-Institute (einschließlich Außenstellen),
- 117 deutsche Auslandsschulen,
- 14 DAAD-Außenstellen und 45 DAAD-Informationszentren im Ausland,
- 466 entsandte DAAD-Lektoren,
- 180 von Deutschland staatlich geförderte Kulturgesellschaften,
- 69 entsandte Fachberater der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen und des Goethe-Instituts,
- 10 deutsche geisteswissenschaftliche, historische oder andere wissenschaftliche Institute,
- 10 Abteilungen und Außenstellen des Deutschen Archäologischen Instituts.

Unsere AKBP sorgt dafür, dass der Dialog mit anderen Gesellschaften und Kulturen aktiv geführt wird und Deutschland über ein weltweites Netz kompetenter Ansprechpartner und Multiplikatoren verfügt. Gleichzeitig sucht die AKBP unsere Partner von morgen. Ihre Ansprechpartner sind dabei vor allem gesellschaftliche Gruppen wie Kulturschaffende, Wissenschaftler, Studenten und Schüler.

Daneben bleibt die Zusammenarbeit auf Regierungsebene von großer Bedeutung. Erst dadurch werden die notwendigen Rahmenbedingungen für Kooperationen im Kultur- und Bildungsbereich geschaffen, zum Beispiel im Rahmen der Verhandlung und Umsetzung von Kulturabkommen oder bei Statusfragen für unsere vor Ort tätigen Kulturmittlerorganisationen.

2. Ziele

Die AKBP hat vier einander ergänzende Ziele:

- Förderung unserer kultur- und bildungspolitischen Interessen,
- Vermittlung eines zeitgemäßen Deutschlandbildes/Sympathiewerbung für Deutschland,
- weltweite Konfliktprävention durch Wertedialog,
- Förderung des Europäischen Integrationsprozesses.

a. Wahrnehmung deutscher kultur- und bildungspolitischer Interessen

Mit unserer AKBP verfolgen wir unmittelbare Interessen Deutschlands, seiner Gesellschaft, seiner Bürger und seiner Wirtschaft. Ein starker „Bildungsstandort Deutschland“ liegt im Interesse eines zukunftsfähigen Deutschlands, denn er ist ein wesentlicher Baustein, damit unser Land auch in Zukunft unter den Bedingungen globalisierter, verschärfter Wettbewerbs erfolgreich bleibt.

Der Kulturaustausch mit dem Ausland befruchtet nicht nur das Kulturgesehen in Deutschland, sondern die durch ihn geschaffenen partnerschaftlichen Bindungen strahlen auch positiv auf die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen aus.

b. Vermittlung eines zeitgemäßen Deutschlandbildes/Sympathiewerbung für Deutschland

Mit Mitteln der AKBP präsentiert sich Deutschland als ein Partner, der für klassische und moderne Kultur steht, der an gleichberechtigtem Dialog und Austausch interessiert ist, der sich seiner Vergangenheit in offener Auseinandersetzung stellt und dadurch glaubwürdig ist.

Ein wichtiges kulturpolitisches Instrument ist in diesem Zusammenhang die Veranstaltung von Kulturtagen, -wochen oder -jahren.

Beispiel: „Deutsch-Russische Kulturbegegnungen“

Die „Deutsch-Russischen Kulturbegegnungen“ unter der Schirmherrschaft beider Staatsoberhäupter haben mit einem umfangreichen Zweijahresprogramm zwischen Februar 2003 und Januar 2005 einen wesentlichen Beitrag zur Vertiefung der Beziehungen zwischen Deutschland und Russland geleistet. Während des Russischen Kulturjahrs in Deutschland 2003 und des Deutschen Kulturjahrs in Russland 2004 fanden über 3 000 Veranstaltungen statt. Die Veranstaltungen wurden von der Bundesregierung mit insgesamt ca. 13 Mio. Euro unterstützt.

Neben traditionell-repräsentativen Kulturereignissen waren diese Veranstaltungen vor allem auf die jüngere Generation in beiden Ländern und die umfassende Vermittlung moderner Lebenswirklichkeit im Sinne des erweiterten Kulturbegriffs ausgerichtet: junge russische Kultur wurde in Deutschland, das moderne Deutschland einer breiten Öffentlichkeit in Russland, insbesondere auch in den Regionen vermittelt. Zu den Höhepunkten in Moskau und St. Petersburg gehörten: die Ausstellungen „Berlin-Moskau 1950–2000“ und „Moderne Kunst des 20. Jahrhunderts“ (letztere aus der Sammlung der Deutschen Bank), Tanztheateraufführungen von Pina Bausch und Sasha Waltz, die Filmpremiere von „Alexander Newski“, Gastspiele der Berliner Schaubühne, des „Ensemble Modern“, der WDR-Jazz Big Band sowie die Aufführung des „Fliegenden Holländers“ der Bayrischen Staatsoper im Bolschoj Theater.

Beispiel: Deutsche Kulturwochen im Südlichen Afrika 2004

Südafrika feierte 2004 sein zehnjähriges Demokratie-jubiläum – Grund und Anlass für die Bundesregierung, mit der Durchführung „Deutscher Kulturwochen“ im Südlichen Afrika ein modernes Deutschland zu präsentieren. Die in Südafrika, Namibia, Botswana, Mosambik und Madagaskar im 4. Quartal 2004 organisierten Veranstaltungen aus den Bereichen Musik und Kunst, Bildung und Sport stellten Deutschland als einen vielseitigen Partner dar, der an der Region, ihren Menschen und einem regen Austausch interessiert ist. Am besten illustrierten dies die zahlreichen künstlerischen Koproduktionen, ebenso wie die am Rande veranstalteten Workshops, mit denen vor allem Jugendliche angesprochen wurden. Deutschland wurde dabei als ein Land wahrgenommen, das nicht nur für klassische Musik und Literatur steht, sondern auch Akzente in elektronischer Musik und Jazz, im Film und im modernen Theater zu setzen weiß.

Beispiel: „Deutschland in Japan 2005/2006“

Das Projekt „Deutschland in Japan 2005/2006“, das am 4. April 2005 von Bundespräsident Horst Köhler und dem japanischen Kronprinzen in Tokyo feierlich eröffnet wurde und bis März 2006 dauern wird, ist die umfassendste Präsentation Deutschlands, die je im Ausland in Angriff genommen worden ist. Es gliedert sich in die Säulen Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft/Bildung/Forschung, in deren Rahmen insgesamt etwa 750 Einzelprojekte durchgeführt werden.

Das Ziel des Deutschlandjahres ist die Belebung, Aktualisierung und Ergänzung des Deutschlandbildes in Japan, insbesondere bei jüngeren Japanern, wobei an die traditionell guten Beziehungen und die gegenseitige Wertschätzung angeknüpft wird. Wir wollen vor allem zeigen, dass Deutschland in Sachen Lifestyle, Mode, Tourismus, Konsumgüter und High Tech auf den Weltmärkten konkurrieren kann und als Studien- und Forschungsstandort attraktiv ist. Dadurch sollen langfristig auch die deutschen Exporte nach Japan gestärkt werden. Einzelheiten unter: www.deutschland-in-japan.de.

Deutsch-Polnisches Jahr 2005/2006

Das Deutsch-Polnische Jahr – am 30. April 2005 von Bundespräsident Horst Köhler und Staatspräsident Aleksander Kwasniewski feierlich im Konzerthaus am Gendarmenmarkt eröffnet – ist ein besonderes Ereignis: Es ist nicht die einseitige Präsentation Deutschlands in einem Gastland, sondern eine echte deutsch-polnische Gemeinschaftsproduktion. In gemeinsamer Organisation stellen beide Länder die Stärke ihrer zivilgesellschaftlichen Verflechtung dar. Kultur und Jugendaustausch spielen dabei die Hauptrolle. Nirgends sind die Kontakte zwischen Deutschen und Polen so eng und freundschaftlich wie hier. Das Deutsch-Polnische Jahr versammelt unter seinem Dach mehr als 1 000 Projekte beiderseits der Oder und beweist, daß die Kultur zwischen Deutschen und Polen der Politik die Richtung weisen kann. Die vielen Projekte und die gezielte Öffentlichkeitsarbeit schärfen das Bewußtsein für die Nähe zum Nachbarn, erweitern das Wissen und geben neue Impulse.

Das Deutsch-Polnische Jahr geht noch bis Mai 2006 und endet mit dem Auftritt Deutschlands als Gastland der Warschauer Buchmesse.

Mehr unter: www.de-pl.info.

c. Weltweite Konfliktprävention durch Wertedialog

Unsere Auswärtige Politik ist Friedenspolitik. Sie hat daher auch zum Ziel, durch einen Beitrag zum Wertedialog mit anderen Gesellschaften und Kulturen weltweit Konfliktprävention bzw. Krisenbewältigung zu leisten.

Globalisierung erzeugt ein besonderes Bedürfnis nach kultureller Selbstvergewisserung – sei es über Sprache, Ethnie, religiöse Überzeugung oder kulturelles Erbe. Die Auseinandersetzung mit fremden Einflüssen verläuft nicht immer ohne Konflikte und kann im negativen Fall

zu Fundamentalismus, Gewalt und Konfrontation führen. Diesen Tendenzen entgegenzuwirken ist Aufgabe eines aktiven Kulturdialogs. Ziel der AKBP ist es daher, Menschen weltweit für Demokratie, Menschenrechte, Minderheitenschutz, Herrschaft des Rechts und nachhaltige Entwicklung zu gewinnen und die Zivilgesellschaft zu stärken. Die Werteorientierung der AKBP wird derzeit besonders deutlich im Rahmen des europäisch-islamischen Kulturdialogs sowie bei unserem Engagement in Afghanistan und im Irak. Beispielhaft zeigt sich dort, wie sehr Kulturarbeit zum Wiederaufbau von Staat und Gesellschaft beitragen und dadurch konfliktverhütend wirken kann.

Beispiel: Europäisch-Islamischer Kulturdialog

Seit 2002 setzt das Auswärtige Amt das Programm „Europäisch-Islamischer Kulturdialog“ um. Für Dialogprojekte in der arabisch-islamischen Welt stehen den Kulturmittlerorganisationen pro Jahr über 5 Mio. Euro zur Verfügung. Das Programm fördert bewusst Projekte, die – komplementär zu den regulären Kultur- und Bildungsprogrammen – bestimmte Zielgruppen wie Frauen und Jugendliche besonders ansprechen. Wichtig ist außerdem die Einbindung lokaler Partnerorganisationen in die Projektarbeit.

Die geförderten Projekte zielen darauf ab, das gegenseitige Verständnis zwischen westlicher und islamisch geprägter Welt zu verbessern, Missverständnisse aufzulösen und die Ablehnung, die zahlreiche Akteure der Region „westlichen“ Werten entgegenbringen, abzubauen. Als unabdingbare Voraussetzung dafür muss der Dialog auf gleicher Augenhöhe mit den Partnern vor Ort geführt werden.

In der arabisch-islamischen Welt wird eine Fülle gesellschaftlicher Themen lebhaft debattiert: die Stellung der Frau, Rechtsstaatlichkeit und gute Regierungsführung, das Verhältnis von islamischem Recht zu den Menschenrechten, der Aufbau einer Wissensgesellschaft, die Partizipation von Jugendlichen an gesellschaftlichen Prozessen, die Auswirkungen der Globalisierung, Reformen. Im Rahmen von Projekten können wir uns in diese Diskussion einbringen – die Kulturmittlerorganisationen veranstalten hierzu Workshops, führen Austauschprogramme durch oder leisten Beiträge zur Vernetzung und Information mittels elektronischer Medien, so durch das Internetportal www.qantara.de, das sich als Forum für interkulturellen Austausch etabliert hat und sich über Fachkreise hinaus ein breiteres kritisches, diskussionsfreudiges Publikum erschlossen hat.

Der Beauftragte für den Dialog der Kulturen, der Arbeitsstab für den Dialog mit der islamisch geprägten Welt und das Netzwerk der Dialogreferenten und -referentinnen, die seit 2002 vom Auswärtigen Amt an vielen Auslandsvertretungen in der Region eingesetzt werden, steuern das Programm. Ihre Aufgabe ist es, die Themen aufzugreifen, die nicht nur die Muslime in der Region bewegen, sondern auch die Europäer, die auf die islamisch geprägte Welt blicken.

Die Aktivitäten der Mittlerorganisationen im Bereich des Dialogs mit der islamisch geprägten Welt haben sich seit Beginn des Programms verdichtet und werden mittlerweile als wichtige Komponente der Kulturarbeit in dieser Region gesehen.

Beispiel: Deutsche Kultur- und Bildungsarbeit in Afghanistan

Im Rahmen des Stabilitätspakts Afghanistan standen der Bundesregierung 2004 6,5 Mio. Euro für den kulturellen Wiederaufbau des Landes zur Verfügung. In Kabul und Herat waren 2004 zwölf von deutschen Kulturmittlern entsandte Mitarbeiter tätig. Dieser Einsatz wird im Jahr 2005 auf vergleichbarem Niveau fortgeführt.

Ein inhaltlicher Schwerpunkt des Engagements der Bundesregierung liegt im Bildungsbereich. Regionale Schwerpunktregionen sind Kabul, Kunduz, Herat und Faisabad.

Im Einzelnen wurden u. a. folgende Maßnahmen finanziert:

- Wiederaufbau und Förderung einer Mädchen- und einer Jungen-Schule einschließlich der Entsendung von (derzeit sechs) deutschen Lehrkräften; Aufbau von Schulen in Faisabad;
- Reaktivierung von Hochschulpartnerschaften; Fortbildung von Dozenten, Vergabe von Hochschulstipendien in hoher Zahl; DAAD-Lektorat und Aufbau des Rechenzentrums an der Universität Kabul, Ausstattung von Fakultäten; Mithilfe bei der Ausarbeitung einer afghanischen Hochschulgesetzgebung;
- Programmarbeit durch das Goethe-Institut (GI), das seit September 2003 wieder durch ein eigenes Institut in Kabul vertreten ist;
- Ausstattung von Bibliotheken; Übersetzung deutscher Kinder- und Jugendliteratur; Spracharbeit;
- Kooperation der Deutschen Welle mit dem afghanischen Staatssender RTA (täglich internationaler Nachrichtenblock auf Dari und Paschtu); in Zusammenarbeit mit der Deutschen Welle konnte eine TV-Übertragung der Olympischen Spiele 2004 im afghanischen Fernsehen sichergestellt werden.
- Restaurierung des historischen Babur-Gartens in Kabul; Restaurationsarbeit am Mausoleum der bekannten Frauengestalt „Gawhar-Shad“, Projekte zur Wiederherstellung des historischen Stadtkerns der Stadt Herat; Maßnahmen zur Sicherung und Bergung der Reste des Großen und des Kleinen Buddhas in Bamyán;
- Förderung des 1. Deutsch-afghanischen Schüleraustausches: im Sommer 2004 hielt sich eine Gruppe afghanischer Schülerinnen und Schüler in Deutschland auf.

Beispiel: Deutsche Kultur- und Bildungsarbeit in Irak

Auf Grund der Sicherheitslage sind die Arbeitsmöglichkeiten im Irak stark eingeschränkt. Dennoch wurden und werden zahlreiche Maßnahmen deutscher Mittler durchgeführt, vor allem in den Bereichen Bildung, Kulturerhalt und Medien. Die Gesamtsumme der von der Bundesregierung seit 2003 in diesen Bereichen bilateral geförderten Projekte beträgt ca. 2,5 Mio. Euro. Sicherheitsbedingt werden Projekte jedoch in Drittländern oder „ferngesteuert“ im Irak durchgeführt, was zu einem höheren Betreuungs- und Kostenaufwand führt. Durch unsere Aktivitäten sind mittlerweile belastbare Netzwerke im Bildungs-, Kultur- und Medienbereich als Grundlage für eine nachhaltige Kulturarbeit entstanden.

Die wichtigsten Maßnahmen:

- Radioprojekte (Jugend; Demokratisierung) der Friedrich-Ebert-Stiftung seit Juli 2004;
- Sonderstipendienprogramme des DAAD für ca. 300 irakische Studierende und andere Multiplikatoren bis 2006;
- Ausstattungshilfe für den Schutz von Grabstätten und Kulturgütern;
- Aktion „10 000 Bücher für den Irak“;
- Projekte zur Förderung der deutschen Sprache (Lehrerfortbildung, Deutschunterricht für Multiplikatoren);
- Austauschprojekte zwischen deutschen und irakischen Theatermachern zur Wiederbelebung des irakischen Theaterlebens.

d. Förderung des europäischen Integrationsprozesses

Ein Schwerpunkt deutscher Kulturarbeit im Ausland ist traditionell Europa. Unsere Kulturmittler werben dort für Deutschland und haben die Aufgabe, an der Veränderung einseitiger, oft noch vergangenheitsgeprägter Deutschlandbilder zu arbeiten.

Der AKBP kommt eine eigenständige Rolle bei der Entwicklung einer europäischen Identität zu. Sie hat die Aufgabe, die kulturelle Vielfalt Europas zu stärken und gleichzeitig Gemeinsamkeiten bewußt zu machen und fortzuentwickeln.

Dazu gehört die Entwicklung einheitlicher bildungspolitischer Rahmenbedingungen. So soll etwa der gemeinsame europäische Bildungsraum allen Bürgern Europas ungehinderte grenzübergreifende Mobilität in der Aus- und Weiterbildung ermöglichen (vgl. Kap. II.9.a).

Untrennbar mit den Bemühungen um die europäische Integration verbunden sind Kulturprojekte zur Stärkung der deutsch-französischen Freundschaft.

Deutsch-französische Kultur- und Bildungsbeziehungen¹

Die kultur- und bildungspolitische Zusammenarbeit mit Frankreich ist intensiv und eng.

Zentrale Elemente:

- Jugendaustausch mit jährlich 150 000 Teilnehmern (über 7 Millionen seit 1963);
- Städte- und Regionalpartnerschaften (2 200) sowie Schulpartnerschaften (4 300);
- zahlreiche kulturelle Veranstaltungen und Projekte auf allen Ebenen.

Die Zusammenarbeit hat durch den in herausgehobener Form begangenen 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags zahlreiche neue Impulse erhalten:

- Erarbeitung eines gemeinsamen Geschichtsbuchs mit gleichem Inhalt für beide Länder, das ab dem Schuljahr 2005/2006 in je einer identischen deutschen und französischen Fassung für die Oberstufe zum Einsatz kommen kann; die Vorstellung des ersten Bandes, der die Zeit von 1945 bis heute umfasst und für die Abiturklassen gedacht ist, soll im Frühjahr 2006 erfolgen;
- Förderung der Partnersprachen Deutsch und Französisch als ein zentrales Thema der bilateralen Zusammenarbeit, insbesondere angesichts des starken Rückgangs der Deutsch-Kenntnisse in Frankreich;
- Start einer Werbekampagne für die deutsche Sprache in Frankreich am Deutsch-Französischen Tag 2004;
- Unterstützung der sprachwerbenden „DeutschMobile“ und „FranceMobile“;

- zweisprachiges Internetportal „FplusD“ für Schüler, Eltern und Lehrer,
- Vorstellung eines Strategiepapiers zur Privilegierung der Partnersprachen in den Bildungssystemen beider Länder beim Deutsch-Französischen Ministerrat am 26. Oktober 2004;
- breite Begehung des zum „Deutsch-Französischen Tag“ erklärten 22. Januar, insbesondere aber nicht nur in den Bildungseinrichtungen beider Länder 2005 erstmals in Form einer „Deutsch-Französischen Woche“, unter Beteiligung der Zivilgesellschaft;
- Verteilung von 1,3 Millionen Exemplaren einer Informationsbroschüre in den Schulen beider Länder;
- gemeinsamer Projektfonds für deutsch-französische Kulturveranstaltungen in Drittstaaten (75 Projekte in 65 Ländern; sukzessive Erhöhungen des Fonds auf 600 000 Euro ab 2006);
- gemeinsame Unterbringung von Kulturinstituten (u. a. Ramallah, Glasgow, trilaterales Kulturinstitut in Luxemburg; geplant: Moskau).

Angesichts des zunehmend von angloamerikanischen Einflüssen geprägten Umfelds muss das Interesse vor allem bei der Jugend an Kultur und Sprache des Partnerlandes immer wieder geweckt und aufrecht erhalten werden. Dabei steht die Perspektive einer gemeinsamen europäischen Zukunft von Deutschen und Franzosen mit beruflichen Chancen in beiden Ländern im Vordergrund:

- Ausbau des Netzwerks an Partnerschulen mit bilinguaem Unterricht (ca. 80 Schulen);
- Ausbau des Angebots des Doppelabschlusses Abi-Bac (ca. 60 Schulen);
- generelle Vergleichbarkeit von Abschlüssen in der beruflichen Bildung;
- Abbau von Mobilitätshindernissen für Lehrer.

Im Rahmen unserer AKBP wird gemeinsam mit unseren Partnern auch die Möglichkeit genutzt, positive europäische Integrationserfahrungen gegenüber Drittstaaten zu vermitteln. Die EU mit ihren erfolgreichen Institutionen eines friedlichen Interessenausgleichs zwischen Staaten, die über Jahrhunderte ihre Konflikte durch Krieg ausgetragen haben, gilt weit über Europa hinaus als ein attraktives Modell – gerade in ihrer Kombination von politischer und wirtschaftlicher Einheit und Bewahrung kultureller Vielfalt.

3. Ressourcen

Die Ressourcen, die im Bundeshaushalt 2004 für Maßnahmen der AKBP vorgesehen waren, beliefen sich auf 1 134,9 Mio. Euro. Das entsprach 0,44 Prozent des Gesamthaushalts. Davon wurden insgesamt 557,6 Mio. Euro in den Einzelplan des Auswärtigen Amtes unter der Überschrift „Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland“ im Kapitel 05 04 eingestellt.

Durch die auf mehrere Jahre angelegte Globale Minderausgabe zur Konsolidierung der Rentenfinanzen verringerte sich das Volumen der in Kapitel 05 04 bereitgestellten Ressourcen um knapp 14 Mio. Euro oder um 2,5 Prozent auf 543,6 Mio. Euro.

¹ Zur deutsch-französischen Hochschulzusammenarbeit siehe den gesonderten Beispiellkasten unter II.1.b.

Haushaltsmittel des Bundes für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik 1994 bis 2004

Jahr	AKP Bund gesamt in T€	Veränderung ggü. Vorjahr	davon AKP des AA in T€	Veränderung ggü. Vorjahr	Anteil AKP des AA am Bundeshaushalt
1994	1 171,3	– 1,2 %	608,2	– 4,7 %	0,25 %
1995	1 153,1	– 1,6 %	599,1	– 1,5 %	0,25 %
1996	1 171,4	+ 1,6 %	609,2	+ 1,7 %	0,26 %
1997	1 166,5	– 0,4 %	607,3	– 0,3 %	0,26 %
1998	1 151,4	– 1,3 %	590,4	– 2,8 %	0,25 %
1999	1 147,6	– 0,3 %	592,3	+ 0,3 %	0,24 %
2000	1 111,1	– 3,2 %	564,7	– 4,7 %	0,23 %
2001	1 139,9	+ 2,6 %	576,0	+ 2,0%	0,24 %
2002	1 127,6	– 1,1 %	566,9	– 1,6 %	0,23 %
2003	1 106,1	– 1,9 %	558,8	– 1,4 %	0,23 %
2004	1 134,9	+ 2,6 %	557,6	– 0,2 %	0,22 %

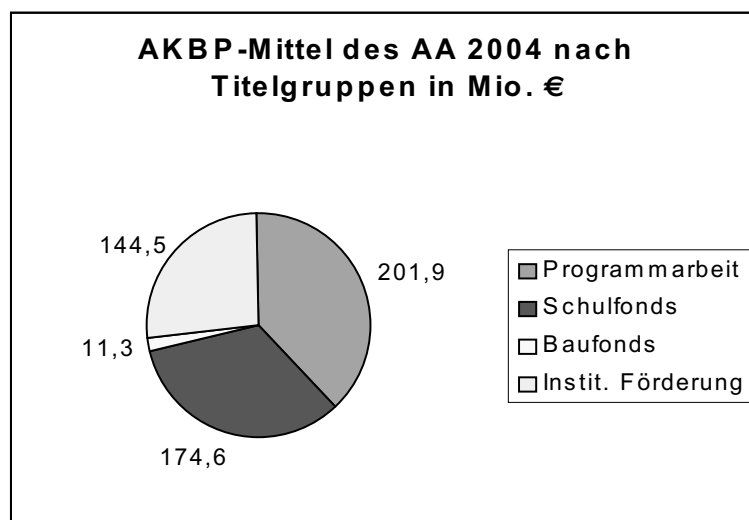
(Quelle: Angaben in den jeweiligen Haushaltsplänen – „Soll“)

Aus dem Kapitel 05 04 flossen 2004 tatsächlich insgesamt 532,3 Mio. Euro für Maßnahmen der AKBP ab. Die Minderausgabe in Vergleich zum bereitgestellten Betrag ist v. a. auf unvorhergesehene Verzögerungen bei großen Bauprojekten zurückzuführen (u. a. beim Neubau des Goethe-Instituts Kiew und bei der gemeinsamen Unterbringung des deutschen und französischen Kulturinstituts in Moskau).

Nach einer historisch gewachsenen Systematik teilt sich das Kapitel 05 04 in vier große Bereiche („Titelgruppen“), die zugleich auch inhaltliche Schwerpunkte bezeichnen:

1. Allgemeine Auslandskulturarbeit (Projektförderung)
2. Förderung des deutschen Schulwesens im Ausland und der internationalen Zusammenarbeit im Schulbereich (Schulfonds)
3. Baumaßnahmen im kulturellen und schulischen Bereich im Ausland (Baufonds)
4. Allgemeine Auslandskulturarbeit (Institutionelle Förderung)

Die Mittelaufteilung nach Titelgruppen veranschaulicht das nachfolgende Diagramm.



Zur Durchführung der Maßnahmen bedient sich das Auswärtige Amt eines dichten Netzes von Kulturmittlerorganisationen, Veranstaltungsfirmen, Künstleragenturen und Kulturschaffenden.

13 Organisationen fördert das Auswärtige Amt institutionell; sie erhielten für Personalkosten, Ausstattung und Investitionen 144,5 Mio. Euro und damit 27,1 Prozent des AA-Kulturhaushalts. Die vier Hauptempfänger in diesem Bereich sind das Goethe-Institut (GI), der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), die Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) und das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa). Sie erhalten neben den institutionellen Mitteln jeweils auch Projektgelder in erheblichem Umfang.

Insgesamt finanzierte das Auswärtige Amt 2004 Projekte im Wert von 201,9 Mio. Euro – das sind 37,9 Prozent des AKBP-Haushalts. Die Weitergabe der Mittel geschieht im Wege der Zuwendung oder des öffentlichen Auftrags.

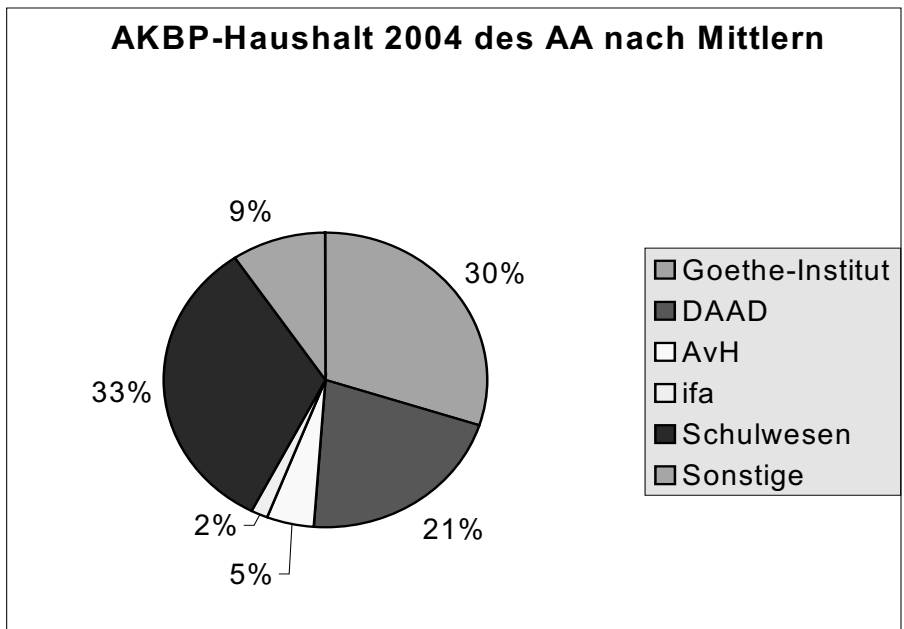
Neben der künstlerischen Vermittlung eines modernen Deutschlandbildes misst die Bundesregierung der Festigung des internationalen Renommées Deutschlands als Studien- und Wissenschaftsstandort hohe Bedeutung zu. Nur so kann die Bundesrepublik Deutschland im Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen; für Stipendien- und Austauschprogramme konnte das Auswärtige Amt 2004 insgesamt 129 Mio. Euro ausschütten.

Die Förderung des Auslandsschulwesens erreichte 2004 ein Volumen von 174,6 Mio. Euro. Nicht darin enthalten sind die Baumaßnahmen für unsere Auslandsschulen, die – unter Einschluss der für Kulturinstitute verwendeten Mittel – im Baufonds ressortieren. Wegen der oben erwähnten unvorhergesehenen Verzögerungen bei wichtigen Projekten wurden hier nur 11,3 Mio. Euro verbraucht.

Zusammenfassend hat sich der Kulturhaushalt des Auswärtigen Amtes im engeren Sinne (Kapitel 05 04) im Jahr 2004 wie unten ersichtlich auf die Mittler verteilt.

Als wissenschaftliche Einrichtung dem Auswärtigen Amt zugeordnet, gehört die Bundesanstalt „Deutsches Archäologisches Institut“ (DAI) ebenfalls zu den namhaften Empfängern von Haushaltsmitteln im Bereich der AKBP. Für Personal- und Sachkosten sowie die Forschungen auf dem Gebiet der Archäologie und ihrer Nachbarwissenschaften gab das DAI im Jahr 2004 insgesamt 21,43 Mio. Euro aus.

Das kulturelle Engagement des AA im internationalen Bereich 2004 umfasste insbesondere Pflichtbeiträge zu verschiedenen VN-Organisationen. Die United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO), das International Centre for the Study of Preservation and Restauration of Cultural Property (ICCROM) und der World Heritage Fund (Welterbefonds) der UNESCO erhielten zusammen 22,21 Mio. Euro.



4. Strategien

Mit folgenden operativen Strategien versucht das Auswärtige Amt der AKBP zu möglichst großer Durchschlagskraft zu verhelfen:

- bewusste, laufend überarbeitete regionale Schwerpunktsetzung;
- eine an den Adressateninteressen orientierte Gestaltung der Kulturarbeit im Ausland, Verbundfinanzierung mit den Adressaten;
- systematische Einbeziehung von deutscher Wirtschaft und Gesellschaft im Rahmen „öffentlich-privater Partnerschaften“ (u. a. durch Einrichtung eines Arbeitsstabs „Kultur sponsoring und private Stiftungen“);
- Einführung neuer Steuerungselemente sowohl im Auswärtigen Amt als auch bei den wichtigsten Mittlerorganisationen.

a. Regionale Schwerpunktsetzung

Die AKBP befindet sich in einem Prozess verstärkter regionaler Schwerpunktsetzung. Dabei stehen auch gewachsene regionale Prioritäten auf dem Prüfstand. Bundesminister Joseph Fischer hat – u. a. in einer Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages am 3. März 2004 – ausdrücklich Mitteleuropa, den Mittleren Osten und Ostasien als Regionalschwerpunkte angeführt. Die entsprechenden Umsteuerungsmaßnahmen wurden in enger Zusammenarbeit mit den Kulturmittlern im Laufe des Jahres 2004 eingeleitet. Sie werden ihre volle Wirksamkeit in den Folgejahren erreichen.

In der Übersicht unten sind alle Länder in elf geographische Großregionen eingeteilt: Die EU der 15, die neuen EU-Mitgliedstaaten, Südosteuropa (einschließlich der Türkei), Osteuropa (einschließlich Russlands und der kaukasischen Republiken), Zentralasien, der Nahe und Mittlere Osten (zwischen Marokko und Afghanistan), Subsahara-Afrika, (Süd-, Ost- und Südost)Asien, Ozeanien (einschließlich Australiens), Nordamerika (USA und Kanada) sowie Lateinamerika (einschließlich der Karibik).

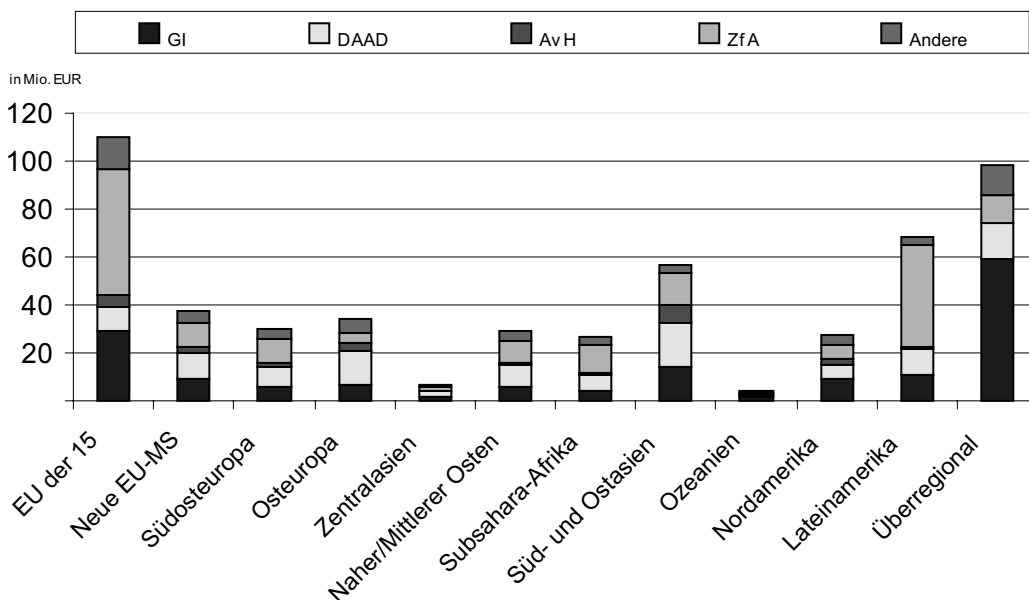
Die Mitgliedstaaten der EU-15 sind auch 2004 diejenige Region, in die die meisten Ressourcen flossen (25,4 Prozent), gefolgt von Lateinamerika (15,8 Prozent) und Asien (13,2 Prozent). Es folgen die neuen Mitgliedstaaten der EU mit 8,7 Prozent, Osteuropa (einschließlich Russlands) mit 8 Prozent und Südosteuropa (einschließlich der Türkei) mit 6,9 Prozent.

Mit knapp der Hälfte (49 Prozent) der weltweiten Ausgaben bleibt Europa (einschließlich Russlands und der Türkei) mit Abstand der wichtigste Handlungsraum der Kultur- und Bildungspolitik des Auswärtigen Amtes.

Das GI hatte 2004 den regionalen Schwerpunkt seiner Ausgaben im Europa der 15 (29,3 Prozent), gefolgt von Asien (14,4 Prozent) und Lateinamerika (10,7 Prozent).

Bei den Ausgaben für das deutsche Auslandsschulwesen dominieren weiterhin zwei Regionen: die EU-15 (33,1 Prozent; an der Spitze Spanien mit 8,1 Prozent und Italien mit 4 Prozent) und Lateinamerika (25,2 Prozent), wo die Ausgaben für das deutsche Auslandsschulwesen in der Region behutsam zurückgefahren werden. Größte Empfängerländer waren hier Mexiko mit 3,8 Prozent und Brasilien mit 3,6 Prozent.

Regionalverteilung der AKBP - Ausgaben des Auswärtigen Amtes 2004 nach Mittlerorganisationen



Der DAAD gab 2004 seine Zuwendungen vor allem in Asien aus (19,1 Prozent), gefolgt von Osteuropa (14,2 Prozent, allein 8,8 Prozent in Russland) und den neuen Mitgliedstaaten der EU (11,9 Prozent).

Ähnliche regionale Schwerpunkte waren 2004 auch bei der Alexander von Humboldt-Stiftung zu verzeichnen. Hier dominierte Asien mit 29,5 Prozent vor dem Europa der 15 mit 16,1 Prozent und Osteuropa (einschließlich Russlands) mit 13,9 Prozent.

Zur regionalen Umsteuerung der AKBP-Mittel leisten die Mittlerorganisationen ihren aktiven Beitrag. So hat es das Goethe-Institut bei insgesamt sinkenden Mitteln im Jahr 2004 vermocht, die prozentualen Ausgaben für die als Schwerpunkte definierten Regionen im Vergleich zum Vorjahr zu steigern: in den neuen EU-Mitgliedstaaten von 8,7 Prozent auf 9 Prozent und im Nahen und Mittleren Osten von 6 Prozent auf 6,1 Prozent. Das Goethe-Institut weitet schon seit Jahren systematisch sein Engagement in Mittelosteuropa und im Gebiet der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) aus. Von Prag bis Wladiwostok bestehen heute 19 Goethe-Vollinstitute, 41 Lesesäle, 84 Lehrmittelzentren und 33 Sprachlernzentren des GI.

Gleichgerichtete Bemühungen führten beim DAAD zu einer Steigerung der Ausgaben für unsere Schwerpunkte Asien (19,1 Prozent statt 18,6 Prozent) und den Nahen und Mittleren Osten (9 Prozent statt 8,6 Prozent).

b. Verstärkte Nachfrageorientierung

Ein weiterer Ansatz, um die Wirksamkeit der AKBP-Ausgaben zu steigern, ist die stärkere Nachfrageorientierung unserer Kulturarbeit im Ausland. Deutschland hat ein für viele Interessenten im Ausland attraktives Kultur- und Bildungsangebot. Ziel ist es, Programme so zu gestalten, dass unsere ausländischen Adressaten bereit sind, hierfür in angemessenem Umfang zu bezahlen.

Dies ist in immer mehr Bereichen der Fall. Sprachkurse bietet das Goethe-Institut inzwischen zunehmend kostendeckend an.

Beispiel: Kostensenkung im Sprachkursbereich

Durch betriebswirtschaftliche Optimierung konnten die Ausgaben für die GI-Sprachkurse weiter gesenkt werden. Mittlerweile schreiben 52 der insgesamt 106 GI-Sprachkursbetriebe schwarze Zahlen, wobei die Kosten für die im Sprachkursmanagement entsandten GI-Mitarbeiter nicht berücksichtigt werden. Im Jahr 2004 schlossen die Sprachkurse der GI weltweit mit einem Einnahmenplus in Höhe von rd. 562 000 Euro ab. Zu den wirtschaftlich erfolgreichsten gehören Institute in den Metropolen wie Tokyo, Madrid, Istanbul, Moskau, Mexiko-Stadt und Paris.

Die Teilnehmer an den GI-Kursen sind überwiegend junge Akademiker, die Deutsch hauptsächlich zu Berufs- und Studienzwecken lernen. Somit werden mit den GI-Sprachkursen wichtige Zielgruppen der AKBP und potentielle Multiplikatoren in den Partnerländern erreicht.

Deutsche Auslandsschulen finanzieren sich in hohem Maße über Schulgelder und Spenden. Die Schulen werden durch verstärkte Beratung unterstützt, ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber nationalen und internationalen Spitzenschulen zu steigern. Damit werden sie je nach Standort auch in die Lage versetzt, höhere Eigeneinnahmen durch Anwerbung zusätzlicher Schüler zu erzielen. Im Programmbereich bemühen sich deutsche Veranstalter im Ausland um eine Einbeziehung deutscher Auslandsunternehmen, welche deutsche Kulturereignisse vor Ort für die eigene Werbearbeit einsetzen können. Die Werbung für den Hochschulstandort Deutschland richtet sich zunehmend auch auf Zielgruppen aus, die ein so hohes Eigeninteresse an einem Studium in Deutschland haben, dass sie bereit sind, als teilweise oder vollständige Selbstzahler an deutsche Universitäten zu kommen.

c. Öffentlich-private Partnerschaft

Das Konzept der öffentlich-privaten Partnerschaft („public-private-partnership“) im Sinne der AKBP umfasst eine am Gemeinwohl orientierte Zusammenarbeit öffentlicher und privater Organisationen im beiderseitigen Interesse. Dabei kann es sich auf privater Seite um Unternehmen, Einzelpersonen oder privatrechtlich organisierte Stiftungen handeln.

Die AKBP hat auch früher von Synergieeffekten zwischen öffentlichen und privaten Aktivitäten im Rahmen von Einzelprojekten profitiert. Dieser Ad-hoc-Ansatz weicht zunehmend einer in beidseitigem Interesse liegenden, bewussten Partnerschaft zwischen öffentlicher Hand und privaten Trägern auf dem Feld der AKBP. Für diese Aufgabe wurde der Arbeitsstab Kultursponsoring und private Stiftungen in der Kulturabteilung des Auswärtigen Amts im August 2004 eingerichtet. Er hat sich das Ziel gesetzt, die Zusammenarbeit zwischen dem Auswärtigen Amt und privaten Partnern im Bereich der AKBP systematisch zu intensivieren.

Im Herbst 1998 war von sechs deutschen Stiftungen (Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, Fritz Thyssen-Stiftung, Gemeinnützige Hertie-Stiftung, Robert Bosch-Stiftung, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius) die „Stiftungsinitiative Johann Gottfried Herder“ gegründet worden. Ihr Ziel ist die Förderung von Gastdozenten pensionierter und emeritierter Hochschulprofessoren aller Fachrichtungen in den Ländern Mittel- und Osteuropas und der GUS. Seit dem Wintersemester 2002/2003 setzen fünf der Gründerstiftungen das Programm fort, das seit 2003 zusätzlich unter Einbeziehung öffentlicher Mittel (über den DAAD) finanziert wird. 2004 konnten insgesamt 44 mindestens sechsmonatige Dozenten gefördert werden.

Beispiel: Kulturzentren in Mittel- und Osteuropa

Ein gelungenes Beispiel für die Innovationskraft und den Erfolg öffentlich-privater Partnerschaften ist ein neues Modell deutscher Kulturzentren, das seit 2003 in Mittel- und Osteuropa erprobt wird. An verschiedenen Standorten sind dort Kulturzentren eingerichtet worden, bei denen im Grundsatz die Räumlichkeiten durch lokale Partner besorgt werden, das Auswärtige Amt die Programmmittel bereitstellt und die Robert Bosch-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Institut für Auslandsbeziehungen den Kulturmanager (in der Regel einen Hochschulabsolventen auf Stipendienbasis für drei Jahre) als deutschen Institutsleiter entsendet. Seit Beginn des Haushaltsjahrs 2003 wurden mit diesem Modell geteilter Verantwortung und Lasten deutsche Kulturzentren in Klausenburg, Temeswar und Hermannstadt bezuschusst. 2004 konnten sieben weitere Zentren in Czernowitz und Odessa (Ukraine), Breslau, Allenstein und Agnetendorf (Polen), Nidden (Litauen) und Pécs (Ungarn) in die Förderung aufgenommen werden. Eine Ausweitung der Zusammenarbeit auf drei Zentren in Debrecen (Ungarn), Aussig (Tschechien) und Russe (Bulgarien) ab Sommer 2005 ist geplant.

Das erfolgreiche Modell macht inzwischen auch in anderen Regionen Schule: Ab Herbst 2005 wird die Robert Bosch-Stiftung in Kooperation mit dem GI Kulturmanager an Dialogpunkte in Marrakesch (Marokko), Assiut (Ägypten) und Tripoli (Libanon) entsenden.

Als neues Kooperationsprojekt mit einem Stiftungskonsortium ist derzeit eine Bibliotheksinitiative für Mittel- und Osteuropa unter dem Titel „Menschen und Bücher“ (Zitat von Paul Celan) in Vorbereitung. Ab Herbst 2005 sollen bis zu 30 ausgewählte Bibliotheken in Mittel- und Osteuropa über einen Zeitraum von drei Jahren nachfrageorientiert mit deutschen Büchern ausgestattet werden. Nach jetzigem Stand werden sich neben dem Auswärtigen Amt und dem GI die Hertie-Stiftung, die Gerda Henkel Stiftung, die Robert Bosch Stiftung, die Thyssen Stiftung, die Marga und Kurt Möllgaard-Stiftung an der Initiative beteiligen. Angestrebt wird ein Finanzvolumen von insgesamt mindestens 500 000 Euro. Durch ein vielfältiges Begleitprogramm soll die Initiative der interessierten Öffentlichkeit in Deutschland und den Zielländern bekannt gemacht werden.

Ein interessantes Modell der Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft im Bereich der AKBP sind „Kulturstiftungen der deutschen Wirtschaft“, wie sie 1997 in Mexiko-Stadt und 2002 in Madrid unter Beteiligung der jeweiligen deutschen Botschaft und des örtlichen GI gegründet worden sind. An weiteren Standorten wird derzeit an Gründungen gearbeitet. In Ankara bemüht sich eine deutsch-türkische Kulturstiftung derzeit um behördliche Registrierung. Diese Kulturstiftungen binden die deutsche Wirtschaft vor Ort als Sponsoring-Partner fest in die kulturelle Außendarstellung Deutschlands ein. Die

Stiftungen operieren auf einer streng partnerschaftlichen Basis, die sicherstellt, dass Auswärtiges Amt, GI und deutsche Wirtschaft vor Ort gleichermaßen von deren Arbeit profitieren.

d. Einführung neuer Steuerungsinstrumente

Die Kulturabteilung arbeitet an der schrittweisen Einführung neuer Steuerungsinstrumente, um dem Auswärtigen Amt und seinen Kulturmittlern einen an strategischen Zielen ausgerichteten, flexibleren und regionalspezifisch besser angepassten Ressourceneinsatz zu ermöglichen. Zur internen Steuerung der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes gehören seit 2004 neben Abteilungszielen auch jährliche Referats-Zielvereinbarungen einschließlich einer Ergebnisüberprüfung. Die seit 2001 von den Auslandsvertretungen vorgelegten und regelmäßig fortzuschreibenden Länderkonzeptionen sind Teil dieses Konzepts.

Die inhaltliche Steuerung der Mittler wird ebenfalls über detaillierte Zielvereinbarungen – einschließlich Überprüfung der Zielerreichung – mit dem Auswärtigen Amt erfolgen. Seit 2004 werden z. B. jährliche strategische Zielvereinbarungen mit der Deutschen UNESCO-Kommission geschlossen.

In Ergänzung der klassischen Steuerung über den kalendarischen Haushalt und das Zuwendungsrecht läuft seit dem Haushaltsjahr 2005 mit dem GI als erster Feldversuch die Budgetierung der Goethe-Institute in der Programmregion Italien. Die Voraussetzung hierzu, nämlich die Einführung der Kosten-Leistungsrechnung an allen Goethe-Instituten in Italien, ist seit 2004 geschaffen.

Bei einem erfolgreichen Verlauf des Pilotprojekts wird erwogen, die Einführung neuer Steuerungselemente später auch auf das Gesamtinstitut und auf andere Kulturmittler, die Zuwendungen des Auswärtigen Amtes erhalten, auszuweiten.

Ziel der neuen Steuerungsinstrumente ist es, das Auswärtige Amt in die Lage zu versetzen, den Aufwand und die Ergebnisse der Arbeit der Kulturmittler besser beurteilen und messen zu können. Im Gegenzug kann die operative Ausgestaltung der Kulturarbeit stärker als bisher den Mittlern selbst überlassen werden

Ein wesentlicher Bestandteil hierfür ist die verbesserte, zeitnahe Erfassung und Darstellung der Ausgaben der AKBP durch die Kultur- und Bildungsabteilung des Auswärtigen Amtes. Parallel dazu arbeitet eine Arbeitsgruppe aus Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Bundesministerium der Finanzen (BMF) und anderen Ressorts an der Einrichtung einer Zuwendungsdatenbank, in der voraussichtlich ab 2005 alle Aufwendungen des Bundes, u. a. im Bereich der AKBP, erfasst werden sollen. Diese Datenbank könnte der Bundesregierung zur verbesserten Steuerung der AKBP-Programme insgesamt dienen. Darüber hinaus könnten Doppelförderungen leichter vermieden werden und Zuständigkeitsabgrenzungen genauer erfolgen.

II. Arbeitsbereiche der Auswärtigen Kulturpolitik

1. Wissenschafts- und Hochschulaustausch

a. Internationale Rahmenbedingungen

Die zunehmende internationale Orientierung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Deutschland ist im Kontext der internationalen, insbesondere der europäischen Entwicklungen in diesem Bereich zu sehen. In diesem Zusammenhang steht der sog. Bologna-Prozess, der am 25. Mai 1998 mit der „Sorbonne-Erklärung“ ins Leben gerufen wurde. Darin verpflichteten sich die für Hochschulbildung zuständigen Minister Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Deutschlands, einen gemeinsamen Rahmen für einen europäischen Hochschulraum zu schaffen durch Einrichtung von vergleichbaren Studiengängen und -abschlüssen, um damit auch die Förderung der Mobilität im Studium und die Anerkennung der akademischen Abschlüsse im Ausland zu verbessern.

Daran anknüpfend verabschiedeten 29 europäische Bildungsminister am 19. Juni 1999 in Bologna eine Gemeinsame Erklärung zur Errichtung eines einheitlichen Europäischen Hochschulraums bis zum Jahr 2010. In Deutschland stehen die Ziele der Bologna-Erklärung im Einklang mit den Bestrebungen des Bundes und der Länder um eine Modernisierung des Hochschulwesens und eine Stärkung seiner internationalen Attraktivität. Neben der EU-Kommission als Vollmitglied haben sich verschiedene Organisationen wie u. a. der Europarat, die European University Association und der europäische Verbund der Studierenden ESIB dem Bologna-Prozess als Beobachter angeschlossen. Auch weltweit gewinnt er zunehmend die Aufmerksamkeit von Regierungen und Hochschulen.

Nach der Folgekonferenz im September 2003 in Berlin, wo der Kreis der Teilnehmerstaaten auf nunmehr 40 erweitert und mit dem Berlin-Kommuniqué ein umfangreiches Arbeitsprogramm festgelegt wurde, hat der Umsetzungsprozess auch in Deutschland erheblich an Dynamik gewonnen: Im Wintersemester 2003/2004 waren 108 000 oder 5,3 Prozent aller Studierenden in über 2 000 Bachelor- und Masterstudiengängen eingeschrieben. Flankierend wurde eine Servicestelle Bologna bei der Hochschulrektorenkonferenz eingerichtet. Außerdem wurden die Vorbereitungen für die Follow-up-Konferenz im Mai 2005 in Bergen aufgenommen, auf der auch Deutschland seinen Zwischenbericht vorzulegen haben wird.

b. Internationale Zusammenarbeit im Hochschulbereich – Hochschulmarketing

Grundvoraussetzungen für eine weitere Vertiefung und den Erfolg von internationaler Zusammenarbeit und akademischem Austausch sind die weitere Internationalisierung der deutschen Hochschulen sowie die Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. 2001 hatte sich deshalb unter dem Dach der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung die „Konzertierte Aktion Internationales Marketing für den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland“ konstituiert. Sie hat sich drei Aufgaben gesetzt: eine internationale Werbekampagne für den Bildungs- und Forschungsstandort

Deutschland durchzuführen, die deutschen Bildungs- und Forschungsangebote international wettbewerbsfähiger zu machen und die Betreuungs- und Wohnraumsituation sowie die arbeits- und aufenthaltsrechtlichen Rahmenbedingungen für ausländische Studierende und Wissenschaftler zu verbessern.

Im Jahr 2004 hat die „Konzertierte Aktion“ 14 Leistungsschauen deutscher Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen begleitet von Werbekampagnen mit dem Slogan „Hi!Potentials! International careers made in Germany“ in 13 Ländern durchgeführt. Hinzu kamen 93 Präsentationen auf sog. kleinen Hochschulmessen. Das eigens konzipierte Internet-Portal www.campus-germany.de, das über Studium, Forschung und berufliche Bildung sowie über das Leben in Deutschland informiert, verzeichnete 2004 über 26 Millionen Seitenabrufe und gehört damit zu den meistgenutzten Portalen für internationale Anfragen.

Die Maßnahmen der „Konzertierten Aktion“ greifen: Die Zahl ausländischer Studierender in Deutschland, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben hatten (sog. Bildungsausländer), ist im Wintersemester 2003/2004 im Vergleich zum Vorjahr um 10,5 Prozent gestiegen, gegenüber 2000 sogar um 43,5 Prozent. Absolut gesehen stieg die Zahl der „Bildungsausländer“ an deutschen Universitäten zwischen 2000 und 2003 von ca. 126 000 auf ca. 180 000. Internationale Spitzenkräfte im Bereich von Forschung und Lehre konnten insbesondere im Rahmen der bewährten Programme der AvH und des DAAD gewonnen werden.

Ein zentraler Faktor für die Attraktivität eines Studienstandorts ist die gute fachliche und soziale Betreuung der ausländischen Studierenden. Zu diesem Zwecke stellte das Auswärtige Amt den deutschen Hochschulen und Studentenwerken über den DAAD im Jahr 2004 insgesamt rund 7,2 Mio. Euro zur Verfügung.

Im Rahmen der „Zukunftsinitiative Hochschule“ konnten deutsche Hochschulen weltweit Studienangebote im Ausland entwickeln. Damit werben sie zugleich für die deutsche Hochschul- und Forschungslandschaft. Hochschulen anderer Länder sind mit solchen „off shore“-Gründungen bereits auf dem internationalen Markt vertreten. Das BMBF-DAAD-Programm „Studienangebote deutscher Hochschulen im Ausland“ stellte für die Jahre 2001 bis 2004 rund 12,8 Mio. Euro als Starthilfe für die Einrichtung deutscher Studienangebote im Ausland zur Verfügung. Damit werden die Personal- und Mobilitätskosten der deutschen Hochschulen beim Aufbau der Studienangebote – in der Regel in Kooperation mit einem Partner im Ausland – zu einer stetigen Einrichtung im Ausland entwickelt werden und sich finanziell mittelfristig selbst tragen. Ein Beispiel für den Erfolg des Konzepts ist die Anfang Oktober 2003 eröffnete German University in Kairo, die zwar aus dem Exportprogramm gefördert, aber substantiell durch ägyptisches Kapital finanziert wird. Neu hinzugekommen ist das Projekt der Gründung einer staatlichen Fachhochschule in Jordanien, die im April 2005 durch Bundesministerin Edelgard Bulmahn eingeweiht wurde.

Beispiel: Deutsch-französische Zusammenarbeit im Hochschulbereich

Die deutsch-französische Zusammenarbeit im Hochschulbereich ist von höchster Intensität. So bestehen derzeit z. B. 2 153 bei der Hochschulrektorenkonferenz registrierte deutsch-französische Hochschulkooperationen. Und nur mit Frankreich unterhält Deutschland mit der Deutsch-Französischen Hochschule (DFH) eine binationale Universität. In Zusammenarbeit mit 140 quer über beide Länder verteilten Partnerhochschulen bietet die DFH mit Verwaltungssitz in Saarbrücken 105 integrierte Studiengänge verschiedenster Fachrichtungen an, die eine fachlich-komplementäre wie allgemeine biculturelle Ausbildung gewährleisten und in die zurzeit rund 4 300 Studierende eingeschrieben sind. Während des Studiums ist ein mindestens dreisemestriger Aufenthalt im Partnerland obligatorisch. Erfolgreiche Absolventen erhalten ein deutsches und ein französisches („Doppel-“)Diplom. Die DFH ist eine zwischenstaatliche Einrichtung mit eigener Rechtspersönlichkeit auf Grundlage des deutsch-französischen Regierungsabkommens vom 19. September 1997 („Weimarer Abkommen“). Im Jahr 2003 hat sie sich gemäß Artikel 3 Abs. 2 dieses Abkommens für Kooperationen mit Hochschulen aus europäischen Drittländern geöffnet und bietet derzeit 18 trinationale Studiengänge an. Darüber hinaus verstärkte die DFH nachdrücklich ihr Engagement im Bereich der Postgraduierten- und Forschungsförderung.

Die Deutsch-Französische Hochschule zeichnet auch verantwortlich für das Deutsch-Französische Forum, eine zwei Tage dauernde, jährlich in Straßburg veranstaltete Messe, auf der sich Unternehmen und Hochschulabsolventen sowie Hochschulen und Abiturienten beider Länder treffen. Als Mischform aus Hochschulmesse und Stellenbörse erleichtert das Forum Studierenden aus deutsch-französischen Studiengängen den Einstieg ins Erwerbsleben und wirbt bei Abiturienten für deutsch-französische Studienangebote. Unternehmen und Institutionen bietet es eine Plattform zur Rekrutierung von qualifiziertem Nachwuchs. Es übermittelt die Botschaft, dass die Kenntnis der Partnersprache eine entscheidende Zusatzqualifikation auf dem Arbeitsmarkt darstellt.

Rund 7 000 Interessenten besuchten das am 5./6. November 2004 durchgeführte 6. Deutsch-Französische Forum. 2004 wurde seine Webseite (www.deutsch-franzoes-forum.org) 94 000 Mal aufgerufen. 1 750 Bewerber stellten ihre Dossiers in die eigens zum Forum erstellte und für teilnehmende Unternehmen und Institutionen zur Einsicht geöffnete Bewerberdatenbank ein und 170 wurden zu einem Gespräch eingeladen. 47 Unternehmen, 78 Hochschulen, 28 sonstige Institutionen und Mittlerorganisationen, vor allem aus Deutschland und Frankreich, darunter auch das Auswärtige Amt, aber auch aus Österreich, der Schweiz und Luxemburg, waren mit Ständen vertreten.

c. Internationale Zusammenarbeit durch akademischen Personenaustausch (Stipendien)

Ein Schwerpunkt der AKBP im Bereich Wissenschaft und Hochschulen neben der Hochschulkooperation sind Stipendienprogramme, die für Studierende, Graduierte, Wissenschaftler und Dozenten vor allem vom DAAD und der Alexander von Humboldt-Stiftung betreut werden. Die große Resonanz auf die im Rahmen der Zukunftsinitiative Hochschule ausgeschriebenen Preise zur Förderung von Wissenschaftlern aus dem Ausland hat gezeigt, dass die Bundesrepublik Deutschland ein attraktiver Hochschul- und Forschungsstandort ist. Die Preise werden teilweise weiter ausgelobt.

Dabei gilt es einerseits, im weltweiten Wettbewerb die besten Wissenschaftler für eine Forschungstätigkeit in Deutschland zu gewinnen. Andererseits wird mit diesen Programmen ein Beitrag zur wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Partnerländer und damit zu ihrer Stabilität geleistet.

Möglichst alle Weltregionen werden in die Zusammenarbeit einbezogen. 2002 wurde die Initiative „Go East“ gestartet, die mehr Gleichgewicht in den Austausch zwischen Deutschland und den mittel- und osteuropäischen Staaten bringen soll. Die große Nachfrage nach Stipendien und Förderung von Studierenden aus dem Ausland übertraf das Angebot bei weitem, während das Interesse deutscher Studierender am Auslandsstudium insbesondere an Studienprogrammen in Osteuropa weiter gefördert werden sollte. Gleichzeitig ist eine generelle Kampagne zum Auslandsstudium geplant.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) pflegt neben ihren breitgefächerten Aufgaben auch die Verbindungen zur Wissenschaft im Ausland. Sie bietet z. B. die Möglichkeit, europäische Graduiertenkollegs einzurichten, in deren Rahmen Hochschullehrergruppen einer deutschen Universität gemeinsam mit Kollegen anderer Hochschulen innerhalb Europas eine thematische Kooperation eingehen können.

d. Internationalisierung von Studiengängen

Um die Schaffung innovativer internationaler Studiengänge an deutschen Hochschulen anzuregen und zu beschleunigen, hat die Bundesregierung das Demonstrationsprogramm „International ausgerichtete Studiengänge“ initiiert, das sich unmittelbar an die Hochschulen wendet. Die aus Mitteln des Programms zu fördernden Studiengänge wurden in bundesweitem Wettbewerb ausgewählt. Es sind Bachelor- und Masterstudiengänge vor allem in wirtschafts-, natur- und ingenieurwissenschaftlichen sowie kultur- und sozialwissenschaftlichen Fachrichtungen. Die Studiengänge werden zumindest in den ersten Semestern in englischer Sprache angeboten. Für diese Studiengänge konnten die Hochschulen in den meisten Fällen je zur Hälfte in- und ausländische Studierende gewinnen.

Das Demonstrationsprogramm, das vom DAAD und der HRK umgesetzt wird, ist bis zum Jahr 2006 ausgelegt. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung stellt dafür insgesamt rund 41 Mio. Euro bereit. Damit wird die Einrichtung von insgesamt 62 neuen internationalen Stu-

diengängen (22 an Fachhochschulen, 42 an Universitäten, davon 2 Kooperationen) gefördert. Für die einzelnen Studiengänge stehen Fördermittel von jeweils bis zu 510 000 Euro zur Verfügung.

Die Demonstrationsprojekte haben große Resonanz gefunden und die Schaffung neuer internationaler Studiengänge an Hochschulen in Deutschland in Schwung gebracht. Nach Angaben der HRK gibt es an deutschen Hochschulen im Sommersemester 2005 bereits 1 453 Bachelor- und 1 481 Masterstudiengänge, Tendenz steigend. Dies entspricht rund 26 Prozent der insgesamt angebotenen Studiengänge.

e. Kooperationsprogramme mit entwicklungs-politischer Ausrichtung

Zur Lösung der Entwicklungsprobleme in Kooperationsländern werden akademische Führungskräfte vor Ort benötigt. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) fördert im Rahmen der Wissenschafts- und Hochschulkooperation die Qualifizierung akademischer Fach- und Führungskräfte in entwicklungsrelevanten Sektoren und die Anbindung der Kooperationsländer an globale Wissensnetze. Für Programme des DAAD, der AvH und der DFG wurden 2004 insgesamt rund 25,4 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit förderte das BMZ im Jahr 2003 Hochschulbildung mit 2,83 Mio. Euro.

Über den DAAD wird z. B. das Sur Place/Drittlandstipendienprogramm gefördert, das vorwiegend der Aus- und Fortbildung des Hochschullehrernachwuchses an ausgewählten Hochschulen in Heimat- oder Drittländern der Region dient (2004: rund 4,3 Mio. Euro). An deutschen Hochschulen wurden entwicklungsländerbezogene Aufbaustudiengänge eingerichtet (2004: rund 8,2 Mio. Euro). Seit 1997 werden über den DAAD Partnerschaften deutscher Hochschulen mit Hochschulen in Entwicklungsländern gefördert (2004: rund 1,3 Mio. Euro). Das BMZ-Programm „Länderbezogene Stipendien für Nachwuchswissenschaftler aus fortgeschrittenen Entwicklungsländern“ richtet sich an junge Ingenieure aus Lateinamerika und Asien. Dabei stellen ausländische Förderorganisationen oder die beteiligten Hochschulen Stipendien für bis zu 13-monatige Studienaufenthalte in Deutschland bereit. Der DAAD übernimmt in der Regel die Kosten für Sprachkurse und Betreuung (2004: rund 2,4 Mio. Euro).

Mit der AvH werden Forschungsstipendien-Programme durchgeführt, wie z. B. das Georg Forster-Forschungsstipendienprogramm, das hochqualifizierte Wissenschaftler aus Entwicklungsländern bei der Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben in Deutschland, die sich mit entwicklungsrelevanten Themen befassen, unterstützt (2004: rund 2,85 Mio. Euro). Über die DFG werden Forschungsk Kooperationen zwischen deutschen Forschungseinrichtungen und entsprechenden Einrichtungen in Entwicklungsländern gefördert (2004: rund 870 000 Euro).

Zur Intensivierung der Kontakte mit den ehemaligen Stipendiaten wird über den DAAD das Programm für die Nachbetreuung der Ehemaligen (Alumni) gefördert. Mit der „Alumni-Datenbank Entwicklungsländer“ soll die

Möglichkeit geschaffen werden, diese verstärkt als Ansprechpartner für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit und Maßnahmen der deutschen Exportwirtschaft zu gewinnen (2004: rund 2,1 Mio. Euro).

Im Rahmen der Nachbetreuungsmaßnahmen unterstützen DAAD und AvH ihre ehemaligen Stipendiaten nach Rückkehr in ihr Heimat- oder Umzug in ein Drittland mit Fachliteratur und Gerätespenden und tragen so zum Erhalt langfristiger Bindungen an Deutschland bei.

Bei den im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit durchgeführten Programmen im Bereich der Wissenschafts- und Hochschulkooperation wird der personelle und infrastrukturelle Auf- und Ausbau wissenschaftlichen Potentials in Hochschulen und Forschungszentren in den Kooperationsländern selbst unterstützt. Zunehmend wird dabei auch auf den Aufbau von Kooperationsnetzwerken zwischen den beteiligten Entwicklungsländern und Maßnahmen der Qualitätssicherung in Lehre und Forschung vor Ort geachtet.

2. Auslandsschulwesen

Das Auslandsschulwesen ist ein zentrales Element der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Unter der Fachaufsicht des Auswärtigen Amtes fördert und berät das Bundesverwaltungsamt – Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) – deutsche Auslandsschulen und führt Lehrentsendeprogramme mit Unterstützung ihrer Fachberater/Koordinatoren durch.

Die deutschen Auslandsschulen sind Orte der Begegnung und des interkulturellen Dialogs. Den Schülerinnen und Schülern sowie ihren Familien wird dort in nachhaltiger Weise deutsche Sprache und Kultur vermittelt. Ehemalige Schüler und Eltern bilden Netzwerke, auf die sich deutsche Politik, Wirtschaft und Kultur stützen können. Schüler, die über die deutschen Auslandsschulen ihren Weg an deutsche Hochschulen finden, stärken zugleich den Studien- und Wissenschaftsstandort Deutschland.

Um dieses Potential besser auszuschöpfen, bieten das Auswärtige Amt und der DAAD den leistungsstärksten ausländischen Absolventen dieser Schulen seit 2001 Vollstipendien für ein Hochschulstudium in Deutschland an. Nach Einschätzung der Hochschulen zählen diese Studierenden zu den Besten ihrer Jahrgänge.

Auslandsschulen sind auch für die Entsendung von Familien durch deutsche Unternehmen von großer Bedeutung. Angebot und Nachfrage im Auslandsschulwesen werden daher flexibel auf Schwerpunktverschiebungen nicht zuletzt der Wirtschaft abgestimmt, damit diese weiter auf ein umfassendes Schulnetz zählen kann.

Private Trägervereine führen die 117 deutschen Auslandsschulen eigenverantwortlich. Durch Schulgelder und Spenden erbringen sie erhebliche Eigenleistungen (2004 ca. 196,7 Mio. Euro). Aus dem Schulfonds des Auswärtigen Amtes (Gesamtumfang 2004: 175,5 Mio. Euro) wurden sie 2004 mit 127,5 Mio. Euro und über den Baufonds mit 5,3 Mio. Euro gefördert. An den 49 Begegnungsschulen, 41 deutschsprachigen Schulen und 25 landessprachigen Schulen mit verstärktem Deutschunterricht sowie 2 selbständigen Berufsschulen wurden 72 000 Schü-

ler (davon 55 000 nichtdeutscher Nationalität) unterrichtet, darunter 1 100 Jugendliche nach dem deutschen dualen System in kaufmännischen Berufen.

Durch die Lehrerentsendeprogramme, vornehmlich in MOE- und GUS-Staaten, werden weitere 165 000 Schüler an 358 Schulen im ausländischen Bildungswesen erreicht, weltweit somit 237 000 Schüler. Die Lehrerentsendeprogramme tragen wesentlich dazu bei, dass die deutsche Sprache insbesondere an den Schulen in MOE- und GUS-Staaten einen gefestigten Platz hinter Englisch einnimmt. An 244 herausgehobenen und überwiegend staatlichen Schulen mit erweitertem Deutschunterricht erwarben ca. 5 500 Schüler mit dem Deutschen Sprachdiplom Stufe II der Kultusministerkonferenz (KMK) die sprachliche Zugangsvoraussetzung für einen Hochschulzugang in Deutschland. Das Deutsche Sprachdiplom hat sich in qualitativer und quantitativer Hinsicht zu einem wesentlichen Instrument entwickelt, um Schüler in MOE- und GUS-Staaten nachhaltig an Deutschland zu binden und die Zusammenarbeit mit den dortigen Partnern langfristig im Sinne einer Ausrichtung auf Europäische Bildungsstandards zu festigen. Der hohe Stellenwert des Unterrichtsfachs Deutsch wird in zahlreichen zwischenstaatlichen Abkommen bekräftigt. Umfangreiche Fortbildungsangebote der ZfA sichern die fachliche Qualität. Wichtige Unterstützung leisten dabei die Fachberater der ZfA.

Über Sondermittel hat sich das Auslandsschulwesen 2004 erfolgreich am Bildungsbereich der Sonderprogramme Stabilitätspakt Südosteuropa, Afghanistan (Wiederaufbau der Amani-Oberrealschule und des Durani-Mädchengymnasiums) beteiligt. Der Dialog mit dem Islam wird auch nach Auslaufen des Sonderprogramms fortgesetzt.

Das deutsche Auslandsschulwesen in Zahlen

- 117 deutsche Auslandsschulen erreichen rund 72 000 Schüler, davon über 55 000 mit nichtdeutscher Nationalität;
- 165 000 Schüler an 358 Schulen im ausländischen Bildungswesen mit deutschen Lehrkräften;
- 20 000 Teilnehmer an deutschen Abschlussprüfungen;
- 1 900 deutsche vermittelte Lehrkräfte;
- 5 500 Ortslehrkräfte an deutschen Schulen;
- 29 Regionale Fortbildungszentren und 36 Lehrerbildungsinstitute mit rund 3 500 Fortbildungsveranstaltungen;
- 4 500 Teilnehmer an Schüleraustauschprojekten deutscher Auslandsschulen.

Von der Haushaltskonsolidierung blieben die Auslandsschulen nicht ausgenommen: In den Jahren 1999 bis 2004 sank der Mittelansatz des Schulfonds von 194,1 auf 175,5 Mio. Euro. Die Förderung jeder Schule wurde den Kürzungsbeschlüssen flexibel angepasst, um negative Auswirkungen auf die Qualität der schulischen Arbeit abzumildern und um begonnene und neue schulische Projekte nicht zu gefährden. Über gekürzte Auslandszulagen und pauschalierte Nebenleistungen haben die Lehrkräfte ihren Beitrag zu den Einsparungen geleistet.

Reformmaßnahmen, Entwicklungen und Initiativen im Auslandsschulwesen

- Einführung internationaler Abschlüsse (Internationales Baccalaureat mit Deutsch, Entwicklung eines deutschen internationalen Abiturs);
- Übergang zur Reifeprüfung nach 12 anstelle von 13 Schuljahren;
- Auf- und Ausbau kleiner Auslandsschulen in neuen Schwerpunktregionen (Belgrad, Sofia, Zagreb, Abu Dhabi, Sharjah, Boston, Portland);
- Vollausbau der Deutschen Schule Shanghai mit deutschem Abitur;
- Einrichtung von berufsorientierenden Fachoberschulen (Brüssel, Tokyo, Kairo, Alexandria);
- Kooperation mit der französischen Auslandsschulagentur (AEFE);
- Ausbau von Eurocampus-Schulen (Auslandsschulen gemeinsam mit europäischen Partnern);
- Ausweitung des Netzes der Sprachdiplomschulen, vornehmlich in MOE- und GUS-Staaten;
- Zertifizierung einheimischer Lehrkräfte zur Übernahme von Leitungsverantwortung;
- Einführung der Studien- und Berufsberatung an deutschen Auslandsschulen zur Stärkung des Studienstandorts Deutschland;
- Fachliche Beratung durch „Wissenschaftlichen Beirat Deutsch als Fremdsprache“;
- Ausrichtung der deutschen Auslandsschulen an internationalen Standards durch systematische, wissenschaftlich begleitete Qualitätsentwicklung;
- Stärkung der Deutschlandbindung durch Ausbau des Bildungsservers „DASAN“ und von Ehemaligenvereinen;
- Vermehrte Beratung und Einbindung von Schulvereinsvorständen und enge Zusammenarbeit mit dem neu gegründeten Weltverband der Deutschen Auslandsschulen (WDA);
- Vereinbarungen von Qualitäts- und Entwicklungszielen mit den deutschen Auslandsschulen (Leistungs- und Fördervereinbarungen);
- Neue Formen der Zusammenarbeit mit privaten Stiftungen (z. B. „Völkerverständigung macht Schule“ mit Robert Bosch Stiftung und PAD);
- Gewinnung neuer Partner in politischen Schwerpunktregionen durch Einsatz von Fachberatern (Ägypten, China);
- Entwicklung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Auslandsschulen in traditionellen Schwerpunktgebieten (z. B. Lateinamerika);
- Strategiediskussion mit den Ländern zu einer effektiveren Umsetzung der AKBP-Ziele im Auslandsschulwesen im Bund-Länder-Ausschuss für schulische Arbeit im Ausland (BLASchA)

Das Auslandsschulwesen ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern. Koordinierendes Gremium ist der „Bund-Länder-Ausschuss für schulische Arbeit im Ausland“ (BLASchA). An Auslandsschulen vermittelte Lehrkräfte kommen überwiegend aus dem innerdeutschen Landesschuldienst. Die Abschlüsse deutscher Auslandsschulen sind den im Inland abgelegten Abschlüssen gleichgestellt. Bund und Länder sind sich einig, dass Auslandsschulen und Lehrervermittlung Investitionen sind, die mit hoher Wertsteigerung nach Deutschland zurückfließen. Das Auswärtige Amt führt mit den Ländern eine Strategiediskussion mit dem Ziel, Mitteleinsatz und gegenseitige Abstimmung im Auslandsschulwesen zu optimieren.

3. Berufliche Bildung und Weiterbildung sowie Lebenslanges Lernen

Zukunftsorientierte Berufsbildungspolitik kann heute nicht mehr ohne die Einbeziehung europäischer und internationaler Entwicklungen gestaltet werden. Dabei kommt der grenzübergreifenden Kooperation in der Europäischen Union besondere Bedeutung zu (siehe Kap. II.9.a). Aber auch über die EU hinaus hat sich in den letzten Jahren die internationale Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung intensiviert. In vielen Teilen der Welt ist ein wachsendes Interesse an einer Kooperation mit Deutschland in diesem Bereich feststellbar.

Die Bundesregierung fördert im Bereich der beruflichen Bildung zusätzlich zum europäischen Berufsbildungsprogramm LEONARDO DA VINCI bilaterale Austauschprogramme mit Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Polen, Tschechien, Ungarn und Norwegen und hat dafür 2004 insgesamt annähernd 2 500 junge Deutsche gewonnen. In Arbeitsgruppen zur beruflichen Bildung mit Frankreich, den Niederlanden, Norwegen, Polen und der Türkei werden darüber hinaus berufsbildungspolitisch relevante Fragen besprochen und Projekte initiiert. Mit Frankreich (2004) und mit Österreich (2005) wurde vereinbart, eine generelle Vergleichbarkeit von Berufsbildungsabschlüssen bestimmter Niveaus festzustellen.

Auf dem Deutsch-Französischen Gipfel im April 2005 wurde eine Erhöhung des Austausches in der beruflichen Bildung um 50 Prozent in den nächsten fünf Jahren beschlossen. Ausgehend von derzeit 1 700 werden somit bis 2010 jährlich über 2 500 deutsche Auszubildende Gelegenheit haben, einen Abschnitt ihrer Berufsausbildung in Frankreich zu absolvieren. Der Austausch zwischen Deutschland und Frankreich wird vom Deutsch-Französischen Sekretariat in Saarbrücken (www.dfs-sfa.org) durchgeführt.

Neue Ansätze für eine grenzüberschreitende Verbundausbildung junger Auszubildender werden seit 2004 sowohl in den bilateralen Austauschprogrammen als auch in LEONARDO DA VINCI gefördert.

Über Möglichkeiten der beruflichen Aus- und Weiterbildung im Ausland berät seit 1987 die im Auftrag und mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) eingerichtete Informations- und Ber-

tungsstelle zur beruflichen Aus- und Weiterbildung im Ausland (IBS) bei der InWent GmbH.

Die Arbeitsstelle iMOVE (International Marketing of Vocational Education) für das internationale Marketing in der beruflichen Bildung trägt als Teil der „Konzertierten Aktion Internationales Marketing für den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland“ zur Stärkung des deutschen Aus- und Weiterbildungsstandorts und deren Anbieter im internationalen Wettbewerb bei. iMOVE führt Seminarreihen zur Fortbildung deutscher Weiterbildungsanbieter zur Internationalisierung durch und organisierte in den vergangenen Jahren Delegationsreisen mit deutschen Weiterbildungsanbietern nach China, Indien, in den Oman, die Vereinigten Arabischen Emirate, Thailand und die baltischen Staaten. Für 2005 sind weitere Delegationsreisen in die USA, Russland, die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten geplant. Seit Anfang 2004 bietet iMOVE unter www.imove-germany.org die erste sieben sprachige Weiterbildungsdatenbank an.

Die europäische Verpflichtung zur Entwicklung einer Strategie für Lebenslanges Lernen hat Deutschland mit dem gemeinsamen Beschluss von Bund und Ländern am 5. Juli 2004 erfüllt. Von Bedeutung war in dem Zusammenhang auch die Kooperation mit anderen Mitgliedstaaten der EU sowie der Europäischen Kommission und dem Netzwerk elap (Economics of Lifelong Learning). Deutschland konnte in der europäischen und internationalen Debatte auf Grundlage der Erfahrungen und strategischen Konzepte wichtige Impulse setzen.

4. Deutsche Sprache

Die Förderung der deutschen Sprache im Ausland ist eine Kernaufgabe der AKBP. Neben den explizit für diesen Zweck bestimmten Projektmitteln dienten im Berichtszeitraum u. a. auch das Lehrerentsendeprogramm und die Entsendung von 27 Fachberatern des GI, von 42 Fachberatern der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen sowie von 466 DAAD-Lektoren diesem Ziel.

Das Interesse an der deutschen Sprache entwickelt sich je nach Land und Region unterschiedlich, wobei aufgrund teilweise mangelnder bzw. ungenauer Statistiken und natürlicher Schwankungen nicht für alle Länder und Regionen zuverlässige Aussagen über Trends getroffen werden können. Die größte Zahl von Deutschlernenden ist weiterhin in den Staaten der GUS, insbesondere in Russland, in Mittel- und Osteuropa, dort vor allem in Polen, sowie in Skandinavien zu finden, wobei die Deutschlernerzahlen in diesen Ländern insgesamt stagnieren bzw. leicht zurückgehen. In den südosteuropäischen Ländern steigt das Interesse an Deutsch. In den USA hat sich das Interesse am Erlernen der deutschen Sprache stabilisiert. In Frankreich und den meisten westeuropäischen Ländern nimmt das Interesse an Deutsch tendenziell eher ab. Es zeigt sich immer deutlicher, dass eine aktive Fremdsprachenpolitik des Gastlandes eine unabdingbare Voraussetzung dafür ist, die Stellung der deutschen Sprache zu stärken.

Zentrales Ziel der Spracharbeit in Europa ist daher die Stärkung von Deutsch im Rahmen von Mehrsprachigkeitskonzepten. Vorrangig ist das Ziel der Verankerung von Deutsch als zweiter Fremdsprache. Schwerpunkte dieser Arbeit sind insbesondere der MOE-Raum, Russland und Frankreich.

Beispiel: Die Sprachlernzentren des GI in den GUS-Staaten

Das Sonderprogramm Sprachlernzentren sieht vor, dass das GI geeignete örtliche Partner in den GUS-Staaten durch fachliche Beratung und eine einmalige Ausstattungspauschale bei der Einrichtung von Sprachlernzentren für die deutsche Sprache unterstützt. Angesichts des großen Interesses an qualitativ hochwertigem außerschulischen Deutschunterricht gilt dieses auch im Hinblick auf möglichst effizienten Mitteleinsatz entwickelte Konzept mittlerweile als ein zukunftsträchtiges Modell für die Sprachkursarbeit im Ausland. 2004 gab es GI-Sprachlernzentren in Russland (16), der Ukraine (10), Kasachstan (5) und Kirgisistan (1).

Die Verbesserung der Deutsch- bzw. der Französischkenntnisse ist als wichtiges Ziel in der Gemeinsamen Erklärung von Deutschland und Frankreich zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags im Januar 2003 genannt und wurde seither bei deutsch-französischen Gipfeltreffen und Ministerräten immer wieder aufgegriffen. Wir unternehmen daher in Frankreich besondere Anstrengungen, den Negativtrend der vergangenen Jahre beim Deutschunterricht zu stoppen bzw. umzukehren. Auch das im Rahmen des Elysée-Jahrestags angestoßene Projekt eines gemeinsamen deutsch-französischen Geschichtsbuchs für die Oberstufe, das bis zum Frühjahr 2006 fertig gestellt sein soll, wirbt in besonderer Weise für mehr Interesse an Partnerland und Partnersprache.

Das Auswärtige Amt fördert im Rahmen eines Sonderprogramms in den USA und Kanada Projekte, die für die deutsche Sprache werben oder den schulischen Deutschunterricht unterstützen. Amerikanische Sozialkundelehrer erhalten im Rahmen des im April 2002 von der Deutschen Bank, vom Auswärtigen Amt, vom Bundespresamt und vom GI gegründeten „Transatlantic-Outreach-Program (TOP)“ Gelegenheit, sich über das moderne Deutschland zu informieren und während einer Deutschlandreise eigene Eindrücke zu sammeln.

Die GI-Sprachkurse im Ausland erreichten 2004 insgesamt rund 154 000 Personen, rund 49 000 Personen legten Deutschprüfungen des GI ab. Die wirtschaftliche Lage vieler GI-Sprachkursbetriebe hat sich in den letzten Jahren weiter verbessert, so dass der Zuschussbedarf weiter gesenkt werden konnte. An ca. 50 Prozent der GI-Standorte ist das Ziel der Kostendeckung bereits erreicht.

Etwa 220 000 Schüler, d. h. rund 1 Prozent aller Deutschlernenden an Schulen weltweit, erhielten 2004 im Rahmen des Deutschen Auslandsschulwesens intensiven Deutschunterricht. Knapp 15 000 Schüler erreichten 2004

das Deutsche Sprachdiplom der Stufen I oder II, davon rund 5 000 in MOE- und GUS-Staaten.

Ein erheblicher Teil der vom Bundesministerium des Innern für die Förderung der deutschen Minderheiten in den GUS-Staaten, insbesondere Russland und Kasachstan, eingesetzten Mittel wurde für die Sprachförderung verwendet. Auch ein großer Teil der vom Auswärtigen Amt aufgewendeten Mittel für die kulturelle Förderung der deutschen Minderheit in MOE- und GUS-Staaten kommt Maßnahmen im Bereich Sprachförderung zugute.

Fehlende Deutschkenntnisse sind ein oft wichtiger Hinderungsgrund für ein Studium in Deutschland. Die Möglichkeit, im Ausland Deutsch zu lernen, kann daher die Zahl ausländischer Studienbewerber steigern helfen. Darüber hinaus ist es wichtig, eine einheitliche Deutschprüfung anzubieten, die im Ausland abgelegt werden kann und bei deren Bestehen die sprachlichen Bedingungen für eine Zulassung an einer deutschen Hochschule erfüllt sind. Dabei hat die auf der Niveaustufe B2 des Europäischen Referenzrahmens angesiedelte TestDaF-Prüfung (Deutsch als Fremdsprache) weiter an Bedeutung gewonnen (2004: über 8 800 Kandidaten). 2004 waren in 78 Ländern annähernd 310 Testzentren lizenziert; die Kostendeckung aus Eigeneinnahmen lag bei rund 50 Prozent.

Dass der Tätigkeitsbereich der Sprachförderung eine wichtige Rolle auch im Rahmen des Europäisch-Islamischen Kulturdialogs spielen kann, zeigt das Beispiel der Deutschkurse für türkische Imame.

Beispiel Europäisch-Islamischer Kulturdialog: Deutschkurse für türkische Imame

Das deutsch-türkische Kooperationsprojekt „Intensivsprachkurse für türkische Imame mit landeskundlichem Programm“ besteht seit drei Jahren. Seit Mai 2002 finden am GI Ankara sprachliche und kulturelle Vorbereitungskurse für Imame statt, die im Auftrag des Diyanet (türk. Amt für religiöse Angelegenheiten) zur Betreuung türkischer Muslime nach Deutschland entsandt werden. Die Kosten übernehmen je zur Hälfte das Auswärtige Amt und das Diyanet. Der Erfolg dieser Kurse und das beiderseitige Interesse an weiterer Zusammenarbeit sind so groß, dass dieses Programm fortgesetzt und voraussichtlich durch Folgemaßnahmen (insbesondere zur Erweiterung der Deutschkenntnisse) in Deutschland ergänzt wird.

Längerfristig verspricht das Projekt nicht nur positive Einflüsse auf den Integrationsprozess, sondern auch eine konfliktpräventive Wirkung im Sinne der Förderung des interreligiösen Verständnisses und der Abwehr extremistischer Bestrebungen in Deutschland durch Information und kulturelle Sensibilisierung.

Die Mehrsprachigkeit in den europäischen Institutionen sicherzustellen ist ein Ziel der Bundesregierung. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass der Status der

deutschen Sprache in den europäischen Institutionen zumindest gehalten wird. Um die Zahl der deutschsprachigen Mitarbeiter in europäischen Institutionen auszuweiten, hat das GI im Jahr 2004 u. a. sechs Deutschkurse für EU-Bedienstete sowie für Beamte aus EU-Beitrittsländern in Deutschland angeboten. Diese Sprachkurse erfreuen sich einer zunehmenden Nachfrage. Zahlreiche GI in den Hauptstädten europäischer Partnerländer bieten mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes spezielle Deutschkurse für Regierungsbeamte an. Das GI Brüssel hat sich im Herbst 2004 bei einer europaweiten Ausschreibung der Deutschfortbildungskurse für Mitarbeiter europäischer Institutionen durchgesetzt.

5. Kulturelle Programmarbeit in Bildender Kunst, Musik, Theater und Tanz

Die Förderung kultureller Programmarbeit gehört traditionell zum Kernbereich der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Sie vermittelt ein Bild von der hohen Qualität und großen Vielfalt des künstlerischen Schaffens in Deutschland und fördert Sympathie für unser Land mit seiner reichen Kulturtradition. Im Haushaltsjahr 2004 standen dem Auswärtigen Amt für Projekte der kulturellen Programmarbeit insgesamt 11,45 Mio. Euro zur Verfügung. Davon wurden 9,1 Mio. Euro, mithin über 80 Prozent, den Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kulturpolitik, dem GI mit seinem dichten Netz von Kulturinstituten sowie dem ifa zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt überlassen, davon dem GI 6,658 Mio. Euro (für Musik, Theater, Tanz und Ausstellungen) und dem ifa 2,454 Mio. Euro (für Ausstellungen und Künstleraus-tausch) sowie 1,7 Mio. Euro für die kulturelle Förderung deutscher Minderheiten in Mittel- und Osteuropa.

Die vom Auswärtigen Amt selbst bewirtschafteten Mittel dienen insbesondere der Förderung von Ausstellungen, Konzerten, Theater- und Tanzaufführungen von Museen, Orchestern, Theater- und Tanzensembles und anderer Projektträger, die von den Mittlern nicht in ihre Programme aufgenommen werden. Hierbei legt das Auswärtige Amt neben der künstlerischen Qualität besonderen Wert auf die außerkulturpolitische Bedeutung, regionale Schwerpunktbildung, Relevanz für das Zielland, Nachhaltigkeit sowie partnerschaftliche Kooperation mit Institutionen und Persönlichkeiten im Gastland.

Neben der Förderung deutscher bzw. aus Deutschland stammender Künstler und Kulturvorhaben im Ausland hat sich auch der Dialog mit Vertretern ausländischer Kulturen als Aufgabe kultureller Programmarbeit etabliert. Gemäss dem Konzept der kulturellen „Zweibahnstraße“ stellte das Auswärtige Amt auch im Jahr 2004 Mittel, meist über das GI und das ifa, für die Durchführung von Kulturvorhaben aus Entwicklungs- und Transformationsländern in Deutschland bzw. Beteiligung von Künstlern aus diesen Staaten an entsprechenden Kultur-

veranstaltungen bereit, welche sonst auf Grund unzureichender Ressourcen nicht stattfinden würden bzw. am Kulturaustausch nicht teilnehmen könnten. Repräsentative Beispiele hierfür sind das Afrika-Festival in Würzburg sowie das Ausstellungsprogramm der ifa-Kunstgalerien in Berlin und Stuttgart. Ferner führte das Haus der Kulturen der Welt in Berlin mit Mitteln des Auswärtigen Amtes Verbundprogramme durch, zu denen u. a. Konzerte, Lesungen, Ausstellungen, Symposien etc. gehören.

Die Förderprogramme des Auswärtigen Amtes, des GI und des ifa legen den Schwerpunkt auf die Präsentation und Vermittlung zeitgenössischer bildender Kunst im Ausland. Auch in diesem Bereich gilt Deutschland als ein bedeutendes und kreatives Zentrum, das aktuelle Tendenzen in Europa und in der ganzen Welt mit beeinflusst. Die deutsche Kunstszene ist außerordentlich lebendig und innovativ.

Das ifa konzipiert und realisiert weltweit Tourneeausstellungen mit Originalkunstwerken, oft unter Beteiligung der Auslandsinstitute des GI und fördert zudem Projekte zeitgenössischer deutscher Künstler im Ausland. Des Weiteren präsentieren die ifa-Galerien in Stuttgart und Berlin Werke bildender Künstler aus Entwicklungs- und Transformationsländern. Das ifa verbindet Ausstellungsprogramme im Ausland und Inland mit Förderangeboten sowie Informations- und Beratungsdienstleistungen im internationalen Kulturaustausch.

Das GI kuratiert gesellschaftspolitische und thematische Dokumentationsausstellungen und übernimmt fertige Ausstellungen deutscher Museen und Galerien für den Einsatz im Ausland. Das GI vermittelt auch ifa-Tourneeausstellungen an Partner im Gastland und leistet hierfür logistische und organisatorische Unterstützung. Auch führt das GI mit ausländischen Partnern kunstpädagogische bzw. kunsthistorische Begleitveranstaltungen zu Ausstellungsprojekten durch und berät ausländische Kunstexperten und Kunsteinrichtungen über deutsche Kunst.

Über die Programme von GI und ifa hinaus fördert das Auswärtige Amt den Kunstaustausch mit eigenen Mitteln und konzentriert sich hierbei auf die Förderung größerer zeithistorischer und Kunstaustellungen deutscher Museen sowie die deutsche Beteiligung an Kunstbiennalen mit internationaler Ausstrahlung.

Bei Ausstellungsvorhaben ab einem möglichen Förder-volumen von 50 000 Euro lässt sich das Auswärtige Amt vom Kunst- und Ausstellungsausschuss, einem Gremium namhafter Museumsdirektoren/Kunstexperten, beraten.

Unter den Großvorhaben sind insbesondere die offiziellen deutschen Beiträge zu den Kunstbiennalen Venedig und Sao Paulo hervorzuheben, bei denen das Auswärtige Amt die Kuratoren beruft und einen großen Teil der Finanzierung gewährleistet.

**Projektbeispiel: 26. Kunstbiennale Sao Paulo
(24. 9. bis 19. 12. 2004)**

Die Kunstbiennale Sao Paulo ist nach der Documenta in Kassel und der Kunstbiennale Venedig weltweit das bedeutendste Forum der internationalen zeitgenössischen Bildenden Kunst (2004: 917 000 Zuschauer, 135 Künstler; mit acht deutschen Künstlern und deutschem Chefkurator, Alfons Hug, deutsche Beteiligung sehr prominent). Das Auswärtige Amt förderte im Jahr 2004 den von Prof. Helmut Friedel kuratierten offiziellen deutschen Beitrag mit Arbeiten des renommierten Berliner Künstlers Thomas Demand mit 85 000 Euro und die weiteren sieben deutschen Künstler mit insgesamt 65 000 Euro. Des Weiteren unterstützte das AA im Anschluss Ausstellungen einiger in Sao Paulo Vertreter deutscher Künstler in Buenos Aires und Santiago de Chile mit 30 000 Euro bzw. 15 000 Euro, um Interesse und Aufmerksamkeit für die zeitgenössische deutsche Bildende Kunst in Lateinamerika zu fördern.

Projekte im Bereich Musik/Theater/Tanz werden in erster Linie vom GI durchgeführt. Das Auswärtige Amt fördert direkt einzelne Großprojekte mit besonderer kulturpolitischer Bedeutung sowie Kulturprogramme bei Reisen des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers und des Bundesministers des Auswärtigen.

Die Musik spielt in der Wahrnehmung der deutschen Kultur im Ausland eine besondere Rolle. Das liegt an der herausragenden deutschen Musiktradition, aber auch an der Vielfalt und Qualität des aktuellen deutschen Musiklebens, im professionellen wie im Amateurbereich. Konzerte deutscher Musikerinnen und Musiker im Ausland und insbesondere die Zusammenarbeit mit lokalen Künstlern im Ausland sind besonders geeignet, diese ausgeprägte Musikkultur im Ausland zu vermitteln und auch über Sprachbarrieren hinweg Zusammenarbeit und Verständigung zu schaffen. Die musikalische Auslandsarbeit des GI auf der professionellen Ebene umfasst die Konzeption, Besetzung und Durchführung von Einzelkonzerten, Tourneen, Meisterkursen, Workshops und Symposien. Im Amateur- und Nachwuchsbereich fördert das GI musikalische Austauschprojekte, die die Begegnung zwischen Menschen verschiedener Länder durch die gemeinsame künstlerische Arbeit ermöglichen.

Auch das deutsche Theater ist im Ausland für seine Vielfalt und die hervorragende Qualität seiner Ensembles bekannt. Nirgendwo sonst gibt es eine vergleichbar große Dichte an öffentlich geförderten großen Theatern. Aktuelles deutsches Theater erregt Aufmerksamkeit durch seine Fähigkeit, gesellschaftliche Realität auf die Bühne zu holen, ebenso wie durch seine formale Experimentierfreude. Dabei erweisen sich die Inszenierungen als so vielschichtig, dass sich gerade bei der Präsentation im Ausland immer neue Bezüge und Deutungen anbieten. Zeitgenössischer Tanz aus Deutschland ist weltweit gefragt, sowohl im Bereich der Stadttheater-Produktionen und der großen

unabhängigen Ensembles von Sasha Waltz und William Forsythe als auch im Bereich der freien Szene.

Das GI vermittelt und fördert Gastspiele deutscher Theater und Tanzensembles im Ausland und ist Partner internationaler Koproduktionen. Über seine Auslandsinstitute trägt es mit vielen kleineren Projekten – wie etwa Gastregien/Gastchoreografien, Workshops, Szenische Lesungen neuer deutscher Dramatik – zum Austausch im Theaterbereich bei. Die „kulturelle Zweibahnstraße“ findet ihren Ausdruck in einem gemeinsam mit dem Internationalen Theaterinstitut durchgeführten Hospitationsprogramm für ausländische Theaterleute sowie der Förderung von Gastspielen aus Transformations- und Entwicklungsländern.

**Projektbeispiel: Deutscher Schwerpunkt beim
58. Festival d'Avignon, Juli 2004**

Zum wichtigsten Theater-Festival in Frankreich war im Juli 2004 der künstlerische Leiter der Berliner Schaubühne, Thomas Ostermeier, als „artiste associé“ eingeladen, einen deutschen Schwerpunkt zu kuratieren. Gezeigt wurden neben Thomas Ostermeiers eigenen Arbeiten „Woyzeck“, „Nora“, „Wunschkonzert“ und „Disco Pigs“ noch zwei Produktionen der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz: „Kokain“ (Frank Castorf) und „Pablo in der Plusfiliale“ (René Pollesch). Aus dem zeitgenössischen Tanz waren Sasha Waltz mit „Impromptus“ und Constanza Macras mit „Back to the present“ vertreten. Die Beteiligung deutscher Theatergruppen am Festival wurde von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und vom Auswärtigen Amt gefördert. Das Festival stellte einen Höhepunkt des deutsch-französischen Kulturaustausches 2004 bei der Zusammenarbeit in Kulturprojekten dar.

Im Rahmen des 1981 geschaffenen Kulturerhalt-Programms wurden vom Auswärtigen Amt im Jahr 2004 insgesamt 65 Projekte in 41 Ländern mit einem Finanzvolumen von 1,58 Mio. Euro durchgeführt. Ziel ist der Erhalt des kulturellen Erbes in Entwicklungsländern, aber auch des deutschen Kulturerbes weltweit. Die steigende Nachfrage ist ein Beweis für die Attraktivität des Programms. Es erlaubt, mit relativ überschaubarem Mitteleinsatz auf Deutschland als ein Land aufmerksam zu machen, das sich für die Bewahrung der kulturellen Identität seiner Partnernationen einsetzt, und betreibt damit aktive Sympathiewerbung für Deutschland.

6. Druck- und audiovisuelle Medien

a. Druckmedien

Das Buch bleibt auch in Zeiten elektronischer Medien ein wichtiges Medium unserer Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Seine grenzüberschreitende Verbreitung ist für den Gedankenaustausch und die freie Meinungsbil-

dung unverzichtbar. Deutschland steht international für eine ausgeprägte Buch- und Lesekultur.

Um am internationalen Kulturaustausch teilhaben zu können, darf der literarische Austausch nicht von Sprachgrenzen aufgehalten werden. Der Übersetzungsförderung wird daher große Bedeutung beigemessen, sie wurde im Jahr 2004 mit insgesamt fast 1 Mio. Euro unterstützt. Entscheidungen zu einzelnen Übersetzungsvorhaben obliegen den damit befassten Gremien im GI, im literarischen colloquium berlin und in der Gesellschaft zur Förderung der Literatur in Afrika, Asien und Lateinamerika. Gefördert wird auch die Zusammenarbeit der Übersetzer.

Der kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung des Buches entsprechend werden vom Auswärtigen Amt auch die Exportanstrengungen deutscher Verlage gefördert. Dazu beteiligt sich das Auswärtige Amt an der Finanzierung von 4 Buchinformationszentren (Moskau, Bukarest, Warschau, Peking) und des „German Book Office“ in New York sowie an Gemeinschaftsausstellungen der deutschen Präsenz auf internationalen Buchmessen. Partner ist die Frankfurter Buchmesse. Der Zuschuss des Auswärtigen Amtes betrug dafür mehr als 1,2 Mio. Euro. 2004 wurde eine deutsche Beteiligung auf den Buchmessen in Bangkok, Beirut, Chicago (BookExpo America), Budapest, Buenos Aires, Paris (Expolangues), Göteborg, Kairo, Kapstadt, Madrid, Moskau, Neu Delhi, Porto Alegre, Pjöngjang, Prag, Sao Paulo, Seoul, Taipei, Teheran und Tokio gefördert.

Das Internationale Zentrum auf der Frankfurter Buchmesse, welches das Auswärtige Amt 2004 mit 76 000 Euro förderte, hat sich als Ort der Begegnung und des internationalen kulturellen Austausches bewährt. Erstmals unterstützt wurde auf der Frankfurter Buchmesse das Übersetzerzentrum. Im Jahr 2004 wurde auch eine Zusammenarbeit mit der Leipziger Buchmesse und deren internationalen Aktivitäten begonnen.

Mit Mitteln des Auswärtigen Amtes unterstützte das GI die Einrichtung und Ausstattung der rund 100 Bibliotheken und über 50 Lesesäle. Die Bibliotheken und Lesesäle des GI haben sich vielfach zu bedeutenden Informationszentren zu bzw. über Deutschland entwickelt.

Vom Auswärtigen Amt gefördert und vom GI herausgegeben werden Kulturzeitschriften, die teilweise eine regionale Schwerpunktsetzung aufweisen: So ist die Zeitschrift „Humboldt“ für den spanisch/portugiesischsprachigen Raum konzipiert, „Fikrun Wa-Fann“ für den islamisch geprägten Kulturraum.

Die in elf Sprachfassungen erscheinende Auslandszeitschrift „Deutschland“ ist für den weltweiten Einsatz als Instrument der Public Diplomacy konzipiert; über zeitgenössische Kunst und Kultur aus Deutschland berichten regelmäßig prominente deutsche Journalisten und Journalistinnen.

Vom Auswärtigen Amt im Jahr 2004 geförderte Zeitschriften (u. a.):

- Kulturjournal: Synopse aktueller deutscher Kulturberichterstattung, Herausgeber GI; erscheint zweimal jährlich in Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch und Russisch.
- Humboldt: Regionalzeitschrift für Lateinamerika, Spanien und Portugal, Herausgeber: GI, erscheint dreimal jährlich in Spanisch und zweimal jährlich in Portugiesisch;
- Fikrun Wa-Fann: Regionalzeitschrift für den arabischen Raum, Herausgeber: GI, erscheint zweimal jährlich in Arabisch, Persisch (Farsi) und Englisch;
- Zeitschrift für Kulturaustausch: Fachzeitschrift für den internationalen Kulturaustausch der Bundesrepublik Deutschland, Herausgeber: ifa, erscheint viermal jährlich in Deutsch;
- Dialog: Deutsch-Polnisches Magazin, Herausgeber: Deutsch-Polnische Gesellschaft Berlin, erscheint zweimal jährlich in Deutsch und Polnisch.
- Auslandszeitschrift „Deutschland“: Magazin für Politik, Kultur und Wirtschaft; Herausgeber: Societätsverlag, Frankfurt a. M., in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt; erscheint sechsmal im Jahr in Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch, Arabisch, Russisch, Chinesisch, Japanisch, Türkisch und Iwrith. Für elf Regionen der Welt erscheint das Magazin viermal im Jahr mit einem spezifischen Regionalteil.

Das Auswärtige Amt unterstützte ferner die Bibliothek des ifa als bedeutende Dokumentationsstelle der AKBP sowie der Kulturbeziehungen Deutschlands. GI und DFG gewährten mit Mitteln des Auswärtigen Amtes Bücher- und Zeitschriftenspenden für ausländische Bibliotheken, wissenschaftliche Institutionen und bedeutende sonstige Multiplikatoren.

Schließlich unterstützte das Auswärtige Amt den Austausch von Schriftstellern, Verlegern, Bibliothekaren, Buchhändlern und förderte damit den Dialog zwischen wichtigen Multiplikatoren.

b. Film

Filme sind besonders geeignet, das moderne Deutschland und seine vielfältige Kultur einem breiten und jungen Publikum im Ausland vor Augen zu führen und damit dem interkulturellen Dialog wichtige Impulse zu verleihen. Hinzu kommen spezielle auf Deutschland bezogene Zielgruppen, wie ausländische Studienplatz-Bewerber, Stipendiaten der Stiftungen, Doktoranden, Habilitanden sowie Kaufleute und Wissenschaftler, die sich – mithilfe des Films – auf ein künftiges Arbeits- oder Universitätsleben in Deutschland einstimmen und vorbereiten.

4,53 Mio. Euro standen 2004 für internationale Filmarbeit zur Verfügung.

Für den Vertrieb des deutschen Films und deutscher Fernsehprogramme fällt der AKBP insbesondere in jenen Regionen der Welt eine wichtige Aufgabe zu, deren wirtschaftliche Entwicklung wenig kommerzielle Ansätze erlaubt. Im Wesentlichen ist hier das GI als zuständige Mittlerorganisation tätig.

In filmkommerziell entwickelten Ländern wie Australien, den USA, Japan oder Korea dienen die Programme auch als nichtkommerzielle Plattformen einer daran anschließenden kommerziellen Verwertung.

Zukünftige Film-Märkte können durch kontinuierliche Filmarbeit auf eine spätere kommerzielle Verwertung vorbereitet werden. Derzeit geschieht dies in China durch großangelegte Deutschland-Schwerpunkte beim größten Filmfestival Chinas, dem internationalen Filmfestival in Shanghai. Die „German Films“ flankiert diese Projekte finanziell und zu Teilen logistisch.

Durchschnittlich laufen – von Goethe-Instituten und Auslandsvertretungen vermittelt – an jedem Tag 68,4 deutsche Filme im Ausland. Sie erreichen jährlich ein Publikum von ca. 1,5 Millionen Zuschauern. Neben der „klassischen“ Filmarbeit, wie die Förderung von Filmvorführungen und -verleih, Teilnahme deutscher Regisseure an internationalen Filmfestivals etc., sollen deutsche Spiel- und Dokumentarfilme durch verstärkte Ausstrahlung über ausländische Fernsehsender neue Zuschauerkreise gewinnen.

Daneben fördert das Auswärtige Amt auch die Präsentation ausländischer Filme bei deutschen Filmfestivals und die Einladung ausländischer Regisseure nach Deutschland. Die persönliche Begegnung und der Dialog zwischen deutschen und ausländischen Filmschaffenden genießen hohen Stellenwert in der deutschen AKBP.

c. Deutsche Welle

Der deutsche Auslandsrundfunk „Deutsche Welle“ (DW), für den die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien federführend ist, hat als autonome Rundfunkanstalt des Bundesrechts die Aufgabe, Deutschland als europäisch gewachsene Kulturnation und freiheitlich verfassten Rechtsstaat im Ausland zu vermitteln. Dabei soll deutschen und anderen Sichtweisen zu wesentlichen Themen vor allem der Politik, Kultur und Wirtschaft sowohl in Europa als auch in anderen Kontinenten ein Forum gegeben werden. Ziel ist es, das Verständnis und den Austausch der Kulturen und Völker sowie die Verbreitung der deutschen Sprache zu fördern.

Das Interesse an den journalistischen Leistungen der DW in Fernsehen, Hörfunk und Internet ist in den vergangenen Jahren stetig gewachsen. Seit dem 11. September 2001 ist die DW eine gefragte Referenzquelle zu weltweit präsenten amerikanischen und britischen Informationsangeboten.

Die DW verbreitet im Hörfunk ihre Programme in Deutsch und 28 Fremdsprachen über Kurzwelle und Satellit. Rebroadcasting findet über terrestrische Ausstrahlung, Kabel und digitale Plattformen statt. Über 5 000 Partner in aller Welt übernehmen das Programm ganz oder in Teilen.

Durch die steigende Verbreitung digitaler Angebote gewinnt die Verbreitung von DW-Angeboten über digitale Plattformen immer höhere Bedeutung und vergrößert die Zahl der Hörer und Zuschauer durch Direktempfang. Die von der DW maßgeblich mitentwickelte Ausstrahlung über digitale Kurzwelle (Digital Radio Mondiale/DRM) schafft hier wegweisende neue Verbreitungswege. Steigende Nutzerzahlen hat auch das Internetangebot www.dw-world.de der DW.

Die Deutsche Welle auf einen Blick

- DW-Radio sendet in 29 Sprachen.
- DW-TV sendet in Deutsch, Englisch, Spanisch und produziert Programmfenster in Dari, Paschtu (für Afghanistan) und Arabisch.
- Die Deutsche Welle erreicht regelmäßig 90 Millionen Hörer und Zuschauer pro Woche.
- Das Internetangebot www.dw-world.de ist in 30 Sprachen abrufbar.

Im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa unterstützte das Auswärtige Amt 2004 mit 343 000 Euro Projekte der DW, die dem Aufbau und der Festigung demokratischer Strukturen und Medien dienen. Mit Nachrichtenprogrammen in Dari und Paschtu bei DW-TV bewies die DW ihre Fähigkeit, schnell und flexibel zu einem Programm zur Stabilisierung Afghanistans beizutragen (Bewilligung 2004: 0,6 Mio. Euro). Im Rahmen des Stabilitätspakts Afghanistan unterstützte das Auswärtige Amt 2004 weitere DW-Projekte mit 701 000 Euro.

Einen wichtigen Beitrag beim Aufbau demokratischer Strukturen und Medien leistet auch das DW-Fortbildungszentrum (Hörfunk in Köln, Fernsehen in Berlin), seit 2004 integraler Bestandteil der neu gegründeten DW-Akademie. Es ist administrativ der DW angegliedert, erhält jedoch seinen Auftrag und den überwiegenden Teil der Gelder durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Es veranstaltet Fortbildungs- und Beratungsprojekte für Rundfunkanstalten in Entwicklungsländern und auch in Ländern Mittel- und Osteuropas. Jährlich werden ca. 900 Stipendiaten in ca. 70 Kursen im In- und Ausland fortgebildet. Das Auswärtige Amt förderte 2004 die Fortbildungs- und Beratungsmaßnahmen der DW mit 632 000 Euro.

Im März 2002 nahm der gemeinsame deutschsprachige Auslandskanal „GERMAN TV“ von DW, ARD und ZDF seine Sendungen auf. Er ist zunächst (wegen der dort üblichen Verbreitungswege als Pay-TV) nur in den USA, Kanada und Teilen Lateinamerikas zu empfangen, seit 2004 auch in mehreren Kabelnetzen.

Die AKBP über das Medium Fernsehen wird auch durch die DW-Marke „TransTel“, einer Kooperation mit ZDF und ARD, abgestützt, die deutsche (kulturelle) Fernsehprogramme an ausländische Sender, insbesondere in Entwicklungsländern, verkauft und mit ca. 2,5 Mio. Euro überwiegend vom Auswärtigen Amt finanziert wird.

d. Elektronische Medien

Die rasante Entwicklung des Internets bietet große Chancen für die AKBP: Das Informationsangebot des Auswärtigen Amtes zu AKBP-Themen ist unter <http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/kulturpolitik/> verfügbar. In fünf Sprachen bietet seit Ende 2002 das von der Bundesregierung initiierte Portal www.deutschland.de eine Sammlung wichtiger Verweise auf deutsche Informationsangebote einschl. kultureller Themen. Alle Mittlerorganisationen der AKBP besitzen mit eigenen Homepages, einer gemeinsamen Plattform (www.deutsche-kultur-international.de) und speziellen Onlinediensten ein breitgefächertes multimediales Angebot. So verfügt der größte AKBP-Mittler, das GI, über ein differenziertes Informations- und Kulturrepertoire, das durch entsprechende Internetangebote der meisten Auslandskulturinstitute des GI ergänzt wird (www.goethe.de). Auch das ifa bietet auf seiner Homepage ein vielfältiges Online-Angebot zu AKBP-Themen und bilateralen Kulturbeziehungen Deutschlands (www.ifa.de).

Dem Anliegen der Bundesregierung, die deutsche Sprache im Ausland zu fördern, dienen neben deutschsprachigen Fernseh-, Radio- und Internet-Angeboten auch entsprechende Sprachkurse. Das in öffentlich-privater Partnerschaft (GI, DW, Wolters Kluwer Bildungsverlage, Porsche AG) produzierte Multimedia-Paket Deutsch (www.redaktion-d.de) wird seit Mitte 2002 über Fernsehen/Video, tutoren gestützt über Internet, und ab Sommer 2004 auch über Hörfunk der DW angeboten. Darüber hinaus bietet das GI Online-Angebote auf seiner Homepage unter der Rubrik „Deutsch lernen und lehren“. Seit März 2003 schlägt das vom AA geförderte Internetportal www.qantara.de eine Brücke zur islamischen Welt (Träger: Bundeszentrale für politische Bildung, DW, GI und ifa; Sprachen: Englisch, Arabisch und Deutsch, siehe Kapitel I.1). Das deutsch-französische Internetportal zur gegenseitigen Förderung der beiden Partnersprachen ist seit 2002 unter www.fplud.de im Netz.

7. Jugend, Schüler, Sport, Kirchen

a. Jugend

Deutschland unterhält auf Regierungsebene bilaterale jugendpolitische Beziehungen zu rund 20 Staaten. Unter Einschluss der Jugendwerke mit Frankreich und Polen wurden hierfür 2004 rund 31,5 Mio. Euro aufgewendet.

Das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW; www.dfjw.org) hat seit seiner Gründung 1963 über 7 Millionen junge Deutsche und Franzosen zusammengeführt und entscheidend zum Miteinander der beiden Gesellschaften beigetragen. Die europäische Ausrichtung seiner Arbeit hat es u. a. durch die Ausrichtung einer europäischen Jugendkonferenz im April 2004 in Paris unter Beweis gestellt. Im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa führt das DFJW aus Mitteln des Auswärtigen Amtes zusätzlich trilaterale Programme mit jungen Menschen aus Südosteuropa, Deutschland und Frankreich durch. In Anlehnung an das in der Erklärung zum 40. Jahrestag der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags formulierte Ziel, einen deutsch-französischen Freiwilli-

gendienst in Drittländern einzuführen, findet von September 2004 bis Juli 2005 im Rahmen des EU-Programms JUGEND und in Kooperation mit der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie dem französischen Jugendministerium (Kooperation im Bereich des freiwilligen Engagements junger Menschen) eine Pilotphase in Marokko zur Durchführung eines deutsch-französischen Freiwilligeneinsatzes statt.

Bei der Reform des DFJW wurden Fortschritte erzielt. Das DFJW wurde von zwei unabhängigen Kommissionen (einer von den Regierungen eingesetzten Kommission sowie einer deutsch-französischen parlamentarischen Arbeitsgruppe), die im Jahr 2003 ihre Arbeit aufgenommen hatten, evaluiert. In ihren Berichten stellten die Kommissionen fest, dass das DFJW sich bewährt und die im Abkommen gestellten Aufgaben erfüllt habe. Den Vorschlägen der Kommission für eine Anpassung von Aufgaben, Organisation und Arbeitsform folgend, wurden im Juni 2004 die bilateralen Verhandlungen zur Reform des DFJW aufgenommen. Das Abkommen zur Reform des DFJW wurde am 26. April 2005 anlässlich des Deutsch-Französischen Ministerrats in Paris unterzeichnet. Das Ratifikationsverfahren sowie die Überarbeitung von Personalstatut und Finanzordnung, die beide auch wichtige Eckpfeiler der Reform darstellen, sollen bis Ende 2005 abgeschlossen sein.

Das 1991 gegründete Deutsch-Polnische Jugendwerk (DPJW; www.dpjw.org) hat inzwischen über 1 Million junger Menschen in beiden Ländern erreicht. Besondere Aufmerksamkeit widmet das DPJW dem grenznahen Austausch sowie Maßnahmen im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt Polens. Im Jahr 2004 wurden des Weiteren über 200 trilaterale Jugendbegegnungen durchgeführt, davon die meisten mit Tschechien, der Ukraine und Frankreich.

Das Koordinierungszentrum für den deutsch-israelischen Jugendaustausch ConAct (www.conact-org.de), das 2001 seine Arbeit in der Lutherstadt Wittenberg aufgenommen hat, sucht trotz der schwierigen derzeitigen Bedingungen in Israel nach Möglichkeiten zur Bewahrung und Stabilisierung des Austausches. Hierzu wurden Programme (z. B. Match-making-Programme zur Begründung neuer Partnerschaften, Keep-in-touch-Programme) durchgeführt mit dem Ziel, die Kooperation der Partnerorganisationen weiterhin zu gewährleisten.

Die Koordinierungsstellen für den deutsch-tschechischen Jugendaustausch TANDEM (www.tandem-org.de) in Regensburg und Pilsen beziehen mit zunehmender Resonanz auch berufstätige Jugendliche in die Programme ein.

Am 21. Dezember 2004 wurde in Schleswig das deutsch-russische Abkommen über jugendpolitische Zusammenarbeit unterzeichnet. Das Abkommen sieht unter anderem erstmals die Einrichtung von Koordinierungsbüros in beiden Staaten vor, deren Aufgabe es sein wird, für den Ausbau und die Intensivierung des bilateralen Austausches zu sorgen. Neben dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) beteiligen sich die Robert Bosch-Stiftung und der Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft an der Finanzierung. Die Freie und

Hansestadt Hamburg stellt die Räumlichkeiten für das Büro zur Verfügung und beteiligt sich an den Personalkosten.

Das Ostsee-Sekretariat für Jugendfragen in Kiel (www.balticseadesk.org) ist eine wichtige Anlaufstelle für Informationsaustausch, Koordinierung und Vernetzung bei jugendpolitischen Fragen und für den Jugendaustausch in der Region. Inzwischen beteiligen sich alle Ostseeanrainerstaaten an der Finanzierung des Sekretariats. Im Auftrag der beteiligten Ostseeanrainerstaaten wurde im Jahr 2004 eine Evaluierung durchgeführt, die die gute Arbeit des Ostseejugendsekretariats hervorgehoben hat.

Das im Jahr 2000 verabschiedete EU-Aktionsprogramm JUGEND mit einer Laufzeit von 7 Jahren wurde für 2000 bis 2006 mit ursprünglich 520 Mio. Euro ausgestattet. Auf Grund des im Mai 2004 vollzogenen Beitritts von zehn weiteren EU-Mitgliedstaaten wurden die Mittel inzwischen auf 712,3 Mio. Euro erhöht. Mit dem EU-Jugendprogramm wurden 2004 über 169 000 Jugendliche im Alter zwischen 15 und 25 Jahren gefördert, die an europäischen Jugendprojekten oder einem europäischen Freiwilligendienst teilnahmen.

Für Deutschland verwaltet die Agentur „Jugend für Europa“ (www.webforum-jugend.de) mit Sitz in Bonn unter der Fachaufsicht des BMFSFJ die von der EU-Kommission bereitgestellten Programmmittel. Im Jahr 2004 hat sie über 1 700 einzelne Jugendmaßnahmen mit ca. 14 000 Teilnehmenden gefördert. Mit der 2003 durchgeführten und im März 2004 vorgelegten Zwischenevaluierung des Programms wurde bestätigt, dass das Programm JUGEND für junge Menschen oftmals eine erste positive Begegnung mit „Europa“ ermöglicht und die Aufgeschlossenheit junger Menschen gegenüber Europa fördert. Der von der Europäischen Kommission im Juli 2004 unterbreitete Vorschlag für das Anschlussprogramm „Jugend in Aktion 2007 – 2013“ wird derzeit in den europäischen und nationalen Gremien diskutiert.

Zur Annäherung der Jugendlichen und zur Unterstützung einer engen Kooperation von Einrichtungen und Jugendverbänden hat die EU-Kommission für internationale Jugendprojekte im grenznahen Raum für die Jahre 2002 bis 2006 inzwischen weitere 12 Mio. Euro bereitgestellt.

Die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa hat mit dem von der EU-Kommission im November 2001 vorgestellten Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ einen Rahmen erhalten. Mit vier Fragebogenaktionen der EU-Kommission in den Weißbuch-Schwerpunktbereichen Partizipation, Information, Freiwilligenarbeit und mehr Wissen über die Jugend wurde die 2002 begonnene erste Phase der europäischen Koordinierung im Bereich der Jugendpolitik über das Jahr 2004 hinaus vorangebracht. Syntheseberichte der EU-Kommission erschienen 2004 zu den Themen Freiwilligenarbeit und mehr Wissen über die Jugend und führten im November 2004 zur Verabschiedung von gemeinsamen Zielsetzungen zu diesen beiden Weißbuch-Schwerpunkthemen im Rat der EU (Teil Jugend). Damit wurde ein erster Zyklus des Weißbuchprozesses abgeschlossen. Zur offenen Me-

thode der Koordinierung wurde eine positive Bilanz gezogen. Parallel wurde 2004 die verstärkte Berücksichtigung der Jugend in anderen Politikbereichen wie Bildung, Lebenslanges Lernen und Mobilität sowie Beschäftigung, soziale Integration und der Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit unter Jugendlichen fortgesetzt.

Mit dem Schreiben des Bundeskanzlers und der französischen, spanischen und schwedischen Staats- und Regierungschefs vom Oktober 2004 an den damaligen Vorsitzenden des Europäischen Rates, Ministerpräsident Jan Peter Balkenende, mit dem diese im Rahmen der Halbzeitauswertung des Lissabonprozesses einen „Europäischen Jugendpakt“ forderten, erreichte der Weißbuchprozess auch im Kontext des Lissabonprozesses erstmalig breite politische Aufmerksamkeit – verstärkt in den Politikbereichen des Lissabonprozesses, die junge Menschen betreffen (Beschäftigung und soziale Integration, Bildung und Ausbildung, Forschung, Mobilität, Balance von Familie und Arbeitswelt).

b. Schülerinnen und Schüler

Der Pädagogische Austauschdienst (PAD, vgl. Kap. III.6) führt im Auftrag des Auswärtigen Amts Austauschmaßnahmen im Schulbereich durch. Im Schuljahr 2003/2004 wurden über 17 000 deutsche und ausländische Schülerinnen und Schüler im Rahmen von Schulpartnerschaften mit den USA („German-American Partnership Program“ als das größte Einzelprogramm des Auswärtigen Amts im Bereich Schüleraustausch), den MOE- und GUS-Staaten, Israel und den palästinensischen Gebieten gefördert. Mit Mitteln des Auswärtigen Amts konnten 2004 zudem erstmals 19 afghanische Schülerinnen und Schüler der Durani-Mädchen-Schule sowie der Amani-Jungen-Schule im Rahmen eines Schüleraustauschs Sachsen besuchen. Das 2000 eingerichtete „Johannes-Rau-Stipendium“, ein Sonderprogramm für 20 Schülerinnen und Schüler aus Israel, wurde 2004 erfolgreich fortgesetzt. Außerdem waren das Internationale Preisträgerprogramm, das Sonderprogramm Studienstandort Deutschland, das Fremdsprachenassistentenprogramm und das Sonderprogramm „Wir lernen uns kennen“ im Rahmen des Europäisch-Islamischen Kulturdialogs bedeutende Foren der Begegnung.

Im Rahmen der Begabten- und Nachwuchsförderung unterstützt das Bundesministerium für Bildung und Forschung zudem die Begegnung begabter junger Menschen. Große Bundeswettbewerbe wie „Jugend forscht“ und der „Bundeswettbewerb Fremdsprachen“ wurden in den letzten Jahren zunehmend auch für Schülerinnen und Schüler der Deutschen Schulen im Ausland geöffnet. Darüber hinaus wird die Begegnung potenzieller Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler im Rahmen der Auswahlwettbewerbe für die Internationalen Olympiaden in Mathematik, Informatik, Biologie, Physik und Chemie gefördert. Als ein weiteres Instrument der Begabtenförderung mit zunehmend auch auswärtiger bildungspolitischer Perspektive wird die Deutsche Schüler-Akademie unterstützt.

c. Sport

Im Rahmen der AKBP unterstützt das Auswärtige Amt die Sportzusammenarbeit mit der Dritten Welt, den MOE- und GUS-Staaten, der Volksrepublik China und der Mongolei. 2004 wurden für diese Aufgabe gut 2,9 Mio. Euro eingesetzt. Über den Stabilitätspakt wurden ferner Projekte in Afghanistan gefördert. Schwerpunkt der Fördermaßnahmen sind die Traineraus- und -fortbildung (insbesondere Fußball und Leichtathletik, Behinderten- und Frauensport).

Das Nationale Olympische Komitee (NOK), die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ), die Spitzenverbände des Deutschen Sports, insbesondere der Deutsche Fußballbund (DFB) und der Deutsche Leichtathletikverband (DLV) sowie die Universitäten Leipzig und die DLV-Trainerschule in Mainz führten mit Mitteln des Auswärtigen Amtes Kurz- und Langzeitprojekte, Trainerkurse und Sportgerätespenden durch. Die Universität Leipzig organisierte zur Unterstützung der Olympiabewerbung in 2004 einen zusätzlichen Kontaktstudiengang im Frauenkunstturnen in spanischer Sprache. Ein neues Fußball-Langzeitprojekt in China, das auch der Unterstützung der Fußball-WM 2006 in Deutschland dient, sowie vier Leichtathletik-Langzeitprojekte in Uruguay (neu), Nepal, Guatemala und Indonesien beanspruchten einen erheblichen Anteil des Fördervolumens.

Mit den im Haushalt des Auswärtigen Amtes für die internationale Sportförderung 2004 zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 3 Mio. Euro. wurden u. a. Trainingslager in Deutschland für Mannschaften aus Irak, Israel, Bangladesch, Namibia, Vietnam und der Mongolei zur Vorbereitung auf die Olympischen Sommerspiele Athen 2004 sowie Projekte im Iran und in Afghanistan unterstützt.

Um die wichtige zivilgesellschaftliche Rolle des Sports bewusst zu machen, unterstützt das Auswärtige Amt insbesondere Maßnahmen im Behindertensport, wie z. B. durch die Entsendung von Experten (z. B. nach Kambodscha) oder die Einrichtung von Trainerkursen im Behindertensport an der Universität in Leipzig. Einen weiteren Schwerpunkt stellt die von Seiten des deutschen Sports geforderte Erweiterung und Intensivierung der Förderung im Bereich des Frauensports dar.

Das Auswärtige Amt hat sich im Rahmen der Sportförderung 2004 mit unterschiedlichen Maßnahmen, wie z. B. der Bereitstellung von Informations- und Werbematerialien für die Auslandsvertretungen und der Förderung von Trainingslagern und Begegnungsspielen an den Vorbereitungen für die Fußball-WM 2006 beteiligt. Dieses Engagement im Vorfeld der WM 2006 wird auch 2005 mit speziellen Fußballprojekten (u. a. Fußballsonderkurs an der Universität Leipzig, eine Erhöhung der Teilnehmerzahl um 50 Prozent für den Trainerlehrgang des DFB in Hennef) fortgesetzt.

d. Kirchen

Aus dem Kulturhaushalt des Auswärtigen Amtes wird die kulturelle Auslandsarbeit der evangelischen und der katholischen Kirche gefördert. Die Fördermittel kommen

Austausch- und Begegnungsprojekten mit den Gastländern zugute und dienen der kulturellen Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Angehörigen des Gastlands. Auch die kirchlichen Missionswerke erhalten hierfür Fördermittel. Der Gesamtbetrag der von der Bundesregierung für die kulturelle Auslandsarbeit der Kirchen und Missionswerke bereitgestellten Mittel betrug im Jahr 2004 ca. 2 Mio. Euro.

8. Kulturgüterrückführung

a. Rückführung kriegsbedingt verlagerter Kulturgüter

Die Bundesregierung führt derzeit Rückführungsverhandlungen u. a. mit Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Polen, der Russischen Föderation, der Ukraine. Sie verfolgt das Ziel, mit den Partnerländern einvernehmliche Lösungen zu finden. Dabei sieht sie einerseits die historische Belastung dieser sensiblen Frage, andererseits steht sie zu ihrer Verpflichtung, auf allen Feldern – auch auf dem Gebiet des internationalen Kulturgüterschutzes – für die Unverletzlichkeit des Völkerrechts einzutreten.

Die Problematik der Rückführung kriegsbedingt verlagerter Kulturgüter ist ein politisch bedeutsamer Teil der bilateralen Beziehungen zu den betreffenden Staaten. Die Bundesregierung handelt bei ihrem Bemühen um die Rückführung von Kulturgütern in enger Abstimmung mit den Bundesländern sowie Museen, Bibliotheken, Archiven und privaten Sammlungen als den Eigentümern der betreffenden Kulturgüter. Sie begrüßt und unterstützt, dass das Rückführungsthema gegenüber den genannten Staaten auch in Kontakten auf parlamentarischer Ebene von deutscher Seite zur Sprache gebracht wird.

Im Einzelnen stellt sich die Lage wie folgt dar:

Russische Föderation: Im Juni 2002 wurden von russischer Seite 111 historische Fensterfelder der Marienkirche zu Frankfurt/Oder zurückgegeben. Gespräche über die Rückgabe weiterer Kulturgüter werden derzeit erschwert durch das von der Duma initiierte völkerrechtswidrige Kulturgütergesetz, das aus Deutschland nach Russland verbrachte Kulturgüter zu russischem Eigentum erklärt. Bei den Deutsch-Russischen Regierungskonsultationen in Hamburg/Gottorf am 20./21. Dezember 2004 wurde in Anwesenheit von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Präsident Wladimir Putin die Einrichtung bilateraler Arbeitsgruppen unter Beteiligung der betroffenen Institutionen und Kultureinrichtungen in Deutschland und Russland bekannt gegeben.

Ukraine: Die Ukraine gehört zu den Staaten der ehem. Sowjetunion, mit denen wir in der Rückführungsfrage eine völkerrechtsgemäße Einigung erreicht haben. Im Rahmen seines Staatsbesuchs gab Präsident Leonid Kutschma am 20. Februar 2004 kriegsbedingt verbrachte wertvolle Kupferstiche des 17. und 18. Jahrhunderts aus den Beständen des Dresdner Kupferstichkabinetts zurück. Es handelt sich um zwei Klebebände mit 142 Stichen („Receuil de plusieurs peintres floristes“; „Les œuvres de Nicolas Bertin“). In der 6. Sitzung der bilateralen Rückführungskommission im September 2004 wurden weitere Rückgaben vorbereitet.

Estland: Im Mai 2004 kehrte das bis 2003 verschollene, kriegsbedingt in die damalige Sowjetunion verbrachte Dürer-Gemälde „Johannes der Täufer“ (Teil eines Triptychons) aus Tallinn in die Bremer Kunsthalle zurück. Die estnische Regierung hatte von sich aus die Rückgabe angeboten.

Frankreich: Im Oktober 2004 übergab Frankreich 25 Regalmeter bei Kriegsende beschlagnahmten Archivguts regionaler und zentraler deutscher Dienststellen, darunter auch Akten des Auswärtigen Amtes und der deutschen Botschaft Paris.

Weitere Länder: Auch heute noch tauchen etwa in den USA, aber auch in Großbritannien, im Kunsthandel oder im Privatbesitz immer wieder im Zweiten Weltkrieg in Deutschland abhanden gekommene Kulturgüter auf. Grundsätzlich ist es Sache der rechtmäßigen deutschen Eigentümer, ihre Ansprüche vor den zuständigen Gerichten geltend zu machen. Alle zuständigen Stellen des Bundes, insbesondere das Auswärtige Amt mit den Auslandsvertretungen und die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, unterstützen die Eigentümer dabei im Rahmen ihrer Möglichkeiten.

b. Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter

Bund und Länder bemühten sich auch 2004 bei der Rückgabe von NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgütern im Sinne der Prinzipien der Washingtoner Konferenz von 1998 über Vermögen aus der Zeit des Holocaust und auf der Grundlage der 1999 verabschiedeten „Gemeinsamen Erklärung von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden zur Auffindung und Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturguts, insbesondere aus jüdischem Besitz“ zu verfahren. Instrumente sind dabei die 2001 verabschiedete „Handreichung“ sowie die von Bund und Ländern getragene Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste in Magdeburg, die Such- und Fundmeldungen zur Raub- und Beutekunst dokumentiert und gleichzeitig Geschäftsstelle der „Beratenden Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter, insbesondere aus jüdischem Besitz“ ist. Durch die stetig wachsende Datenmenge von Such- und Fundmeldungen bei www.lostart.de erhöht sich auch die Chance der Rückgabe von NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgütern aus den Beständen der öffentlichen Hand. Der Bund konnte 2004 ein Gemälde von Franz Lenbach, das die Prinzessin von Wittgenstein darstellt, an die rechtmäßigen Erben zurückgeben. Weitere Rückgaben aus dem Restbestand der „Linzer Sammlung“ werden vorbereitet.

9. Multilaterale Kulturzusammenarbeit

In den multilateralen Foren EU, Europarat, OECD und UNESCO entwickelt Deutschland mit den anderen Mitgliedstaaten Lösungen für gemeinsame Herausforderungen in der Kultur- und Bildungspolitik. Dabei gilt es insbesondere, den Prozess der Globalisierung so mitzugestalten, dass die Ergebnisse dieser Foren verstärkt für den

Dialog der Kulturen und zur Entwicklung internationaler Lerngemeinschaften genutzt werden.

a. Europäische Union

EU-Kulturpolitik

Ziel der EU-Kulturpolitik ist es, zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten beizutragen und durch Erschließung des gemeinsamen Kulturerbes die Entwicklung eines europäischen Zusammengehörigkeitsgefühls zu fördern. Dabei wird kulturellen Initiativen der Mitgliedsländer jeweils der Vorrang gelassen (Prinzip der Subsidiarität). Das Kulturportal der EU findet sich unter <http://europa.eu.int/comm/culture/>.

Große öffentliche Aufmerksamkeit genießt die EU-Gemeinschaftsinitiative „Kulturhauptstadt Europas“. Ab 2009 werden die neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union in die Gemeinschaftsaktion integriert sein. 2009 wird es eine österreichische (Linz) und eine litauische Kulturhauptstadt Europas geben. 2010 stellen Deutschland und Ungarn die „Kulturhauptstädte Europas“.

Ein Schwerpunkt der EU-Kulturpolitik ist das Rahmenprogramm zur Kulturförderung „Kultur 2000“. Gefördert werden grenzüberschreitende Kooperationsprojekte auf allen künstlerischen und kulturellen Gebieten (u. a. darstellende Kunst, visuelle und bildende Kunst, Literatur, kulturelles Erbe und Kulturgeschichte). Um das spartenübergreifende Programm mit der langfristigen EU-Finanzplanung („Agenda 2000“) zu synchronisieren, wurde es um weitere zwei Jahre bis 2006 verlängert. Ab 2007 soll ein anhand der gesammelten Erfahrungen neu erarbeitetes Kulturrahmenförderprogramm (2007 bis 2013) in Kraft treten. Dieses wird seit Mitte 2004 in den EU-Gremien beraten.

„Kultur 2000“ in Zahlen

Nach Verlängerung des EU-Rahmenförderprogramms „Kultur 2000“ bis Ende 2006 wurde sein Gesamthaushalt von 167 Mio. Euro (2000 bis 2004) um 69,5 Mio. Euro auf insgesamt 236,5 Mio. Euro (2000 bis 2006) aufgestockt. Durch Beiträge der assoziierten Staaten erhöht sich der zu verteilende Etat um rund 30 Mio. Euro.

Seit 2003 nehmen insgesamt 30 Staaten (15 EU-Mitgliedstaaten, 12 MOE-Staaten, 3 Staaten des EWR) an „Kultur 2000“ teil. Assoziationsverhandlungen mit der Türkei wurden 2004 begonnen. Das Programm sieht außerdem eine Zusammenarbeit sowohl mit Drittstaaten als auch mit dem Europarat und der UNESCO vor. 2004 wurden 64 Projekte mit deutscher Beteiligung, davon 13 unter deutscher Leitung, gefördert. Weitere Informationen sind von zwei Internetseiten der deutschen Kulturkontaktstelle (CCP) abrufbar: <http://www.ccp-deutschland.de> zu Kultur 2000 sowie <http://www.europafoerdert-kultur.info> mit ausführlichen Informationen zu ca. 90 weiteren EU-Förderprogrammen, die für Kulturprojekte nutzbar sind.

EU-Bildungspolitik

Zentrales Anliegen der europäischen Bildungszusammenarbeit ist die Schaffung eines europäischen Bildungsraums, der allen Bürgern Europas ungehinderte grenzübergreifende Mobilität in der Aus- und Weiterbildung und beim Übergang in den Beruf erlaubt. Weiteres Ziel ist die Sicherung von Innovation und Qualität der europäischen Bildungssysteme und Angebote. Dies betrifft insbesondere auch die berufliche Aus- und Weiterbildung.

Die Bundesregierung leistete mit der BMBF/EU-Konferenz „Regionale Netzwerke für Lebenslanges Lernen – Strukturelle Innovationen in Bildung und Ausbildung“ im November 2004 einen wesentlichen Beitrag zur zukünftigen Entwicklung des Lebenslangen Lernens auf europäischer Ebene. Von Deutschland wurden zukunftsweisende Konzepte präsentiert, die zeigen, welchen entscheidenden Beitrag Lebenslanges Lernen zur Erreichung der Ziele von Lissabon leisten kann. Insbesondere die Zusammenarbeit verschiedener Politikbereiche in den Netzwerken der „Lernenden Regionen“ wurde von der EU-Kommission als ein beispielhaftes Modell bewertet. Als Standortfaktor können sie hohes Potenzial für Wachstum und Beschäftigung entwickeln.

Um Mobilität und Transparenz im europäischen Bildungsraum zu fördern sowie Mobilität auf dem Arbeitsmarkt zu unterstützen, haben die EU-Bildungsminister im Februar 2004 (Zwischenbericht zum EU-Arbeitsprogramm 2010) beschlossen, einen Europäischen Qualifikationsrahmen (EQF) zu entwickeln. Es handelt sich um einen bildungsbereichsübergreifenden Rahmen von Niveaustufen. Dieser definiert gemeinsame allgemein verbindliche Bezugsebenen, um eine Hierarchie für die Einordnung – auch nichtformal erworbener – Kompetenzen und Qualifikationen zu ermöglichen. Der EQF ist als ein Kommunikations- und Übersetzungsinstrument zu verstehen, der Lernergebnisse transparent und vergleichbar macht. Der EQF soll kompatibel zum aktuell erarbeiteten Vorschlag für einen Europäischen Qualifikationsrahmen in der Hochschulbildung sein und gleichzeitig sowohl die Anforderungen der Bildungssysteme sowie des Arbeitsmarktes berücksichtigen. Neben der Förderung von Mobilität und Transparenz kann der EQF Durchlässigkeit innerhalb und zwischen den Bildungssystemen steigern.

Auf der Programmebene sind die beiden europäischen Bildungsprogramme SOKRATES (allgemeine Bildung) und LEONARDO DA VINCI (berufliche Aus- und Weiterbildung) nach wie vor die wesentlichen Instrumente zur Vertiefung der europäischen Bildungskooperation mit dem Ziel eines europäischen Bildungsraumes.

Ziel des Programms SOKRATES ist die Förderung der europäischen Dimension und die Verbesserung der Qualität der allgemeinen Bildung durch den Ausbau der Zusammenarbeit der teilnehmenden Länder. Das Programm ist in acht Aktionen gegliedert: COMENIUS (Schulbildung)/ERASMUS (Hochschulbildung)/ GRUNDTVIG (Erwachsenenbildung und andere Bildungswege)/ LINGUA (Sprachenunterricht und Sprachenerwerb)/ MINERVA (Informations- und Kommunikationstechno-

logien in der Bildung)/ Beobachtung und Innovation/ Gemeinsame Aktionen/ Flankierende Maßnahmen.

Zu Beginn des Jahres 2004 startete das neue EU-Programm ERASMUS Mundus mit einer vorläufigen Laufzeit bis Ende 2008. Mit einem Budget von 230 Mio. Euro werden in den kommenden Jahren 100 europäische Masterstudiengänge gefördert, in denen hochqualifizierte Graduierte und Wissenschaftler aus Ländern außerhalb der EU mit gut dotierten Stipendien an europäischen Hochschulen studieren bzw. lehren können. Mit dem akademischen Jahr 2005/2006 gibt es europaweit bereits 36 geförderte ERASMUS-Mundus-Studiengänge, an denen 21 deutsche Hochschulen beteiligt sind.

Beispiel: SOKRATES

Im Studienjahr 2003/2004 hat sich bei SOKRATES/ERASMUS der positive Trend der Vorjahre fortgesetzt. Rund 21 000 Studierende und ca. 2 400 Dozenten aus Deutschland (2002/2003: 17 000 bzw. 2 100) verbrachten einen Studien- bzw. Lehraufenthalt an einer anderen europäischen Hochschule. Umgekehrt gilt, dass Deutschland insbesondere für die Beitrittsländer Mittel- und Osteuropas auch in diesem Studienjahr das wichtigste Ziel- und damit Partnerland war.

Die Beteiligung deutscher Einrichtungen aus dem Schulbereich an SOKRATES/COMENIUS steigerte sich auch im Schuljahr 2003/2004. Es wurden 1 187 COMENIUS-1-Projekte gefördert. 170 deutsche COMENIUS-Assistenten und 1 015 Lehrkräfte nahmen im Rahmen der Lehreraus- und -fortbildung an Maßnahmen unter COMENIUS 2 teil. Die Aktion SOKRATES/ARION ermöglichte 212 deutschen Bildungsexperten Fortbildungskurse im europäischen Ausland. Im schulischen Bereich ist ein kontinuierlicher Anstieg der Partnerschaften mit den MOE-Staaten zu verzeichnen.

LEONARDO DA VINCI ist das Aktionsprogramm zur Durchführung einer Berufsbildungspolitik in der EU. Durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit sollen in diesem Programm die Qualität, Innovation und europäische Dimension in Berufsbildungssystemen und Praktiken weiterentwickelt werden.

Beispiel: LEONARDO DA VINCI

Im Programm LEONARDO DA VINCI belief sich der Haushalt im Jahr 2004 auf insgesamt 178 Mio. Euro. Projekte unter deutscher Federführung partizipierten auch im Jahr 2004 erheblich an diesen Fördermitteln: Insgesamt 26 Pilotprojekte wurden mit 9,3 Mio. Euro gefördert. Für Mobilitätsprojekte standen 16,3 Mio. Euro zur Verfügung. Aus diesen Mitteln wurden ca. 5 850 Auszubildende, 1 260 Personen des Ausbildungspersonals, 1 700 junge Arbeitnehmer sowie 1 900 Studierende und Hochschulabsolventen gefördert. Zur Steigerung der Qualität von Mobilitätsmaßnahmen wurde im Jahr 2004 die Entwicklung von Modellen der grenzüberschreitenden Verbundausbildung zu einer nationalen Priorität erhoben.

b. Europarat

Zu den Hauptzielen der Bildungs- und Kulturtätigkeit des Europarats gehören traditionell die Förderung des Bewusstseins für eine gemeinsame kulturelle Identität der Europäer (Sprache, Geschichte, politische Bildung, Denkmalpflege, allgemeine Kulturförderung sowie Anwendung und Nutzung neuer Informationstechnologien). Aus Anlass des 50-jährigen Bestehens der Europäischen Kulturkonvention von 1954, die die völkerrechtliche Grundlage für die Bildungs- und Kulturtätigkeiten im Europarat darstellt, hat das Außenministerkomitee des Europarats bei einer Festveranstaltung in Breslau am 09./10. Dezember 2004 eine Erklärung zu Bilanz und Ausblick verabschiedet.

Die Aktivitäten des Europarats, an denen Bund und Länder gestaltend mitwirken, betreffen insbesondere:

- Demokratieerziehung (Ausrufung eines Themenjahres für 2005)
- Förderung der Mehrsprachigkeit in Schule, Hochschule und Erwachsenenbildung
- Behandlung von Themen neuerer europäischer Geschichte im Unterricht
- Erarbeitung von Empfehlungen zum interkulturellen und interreligiösen Dialog
- Darstellungen und Diskussion nationaler Kulturförderpolitiken im europäischen Vergleich sowie Dokumentation nationaler Entwicklungen im Kulturbereich
- Förderung und Wahrung des Kulturerbes durch Ausarbeitung bzw. Aktualisierung entsprechender Konventionen
- Beratungs- und Ausbildungshilfe beim Stabilisierungs- und Transformationsprozess in Südosteuropa auf den Gebieten Bildung, Kultur und Denkmalschutz
- „STAGE“-Projekt im Kaukasus

Im Anschluss an die seit 1997 zum Thema „Education for Democratic Citizenship“ durchgeführten Projektarbeiten hat der Europarat für 2005 ein Jahr zur Demokratieerziehung (Motto: Demokratie leben und lernen) ausgerufen und die Mitgliedstaaten zur Beteiligung aufgefordert. Zur Vorbereitung des Jahres in Deutschland wurde 2004 im Rahmen der KMK ein nationaler Begleitausschuss eingesetzt, dem Vertreter der Länder, des Auswärtigen Amtes und der überregional tätigen Institutionen bzw. Träger der politischen Bildungsarbeit angehören.

In zwei Kernbereichen der Kulturarbeit des Europarates fanden 2004 Veranstaltungen in Deutschland statt:

- Das Europarats-Projekt „Kompendium nationaler Kulturpolitiken“ enthält Grundinformationen und Entwicklungen der Kulturpolitik in Europa mit kulturpolitischen Länderprofilen der Mitgliedstaaten. Die Veröffentlichung (www.culturalpolicies.net) wird stark nachgefragt. Das jährliche Treffen der nationalen Autoren des Kompendiums fand im März 2004 in Berlin statt.

- Im Juni 2004 trafen sich in Berlin die nationalen Korrespondenten des Kulturerbe-Netzwerks HEREIN (www.european-heritage.net). Dabei konnten zusätzliche freiwillige Beiträge zur Unterstützung des Netzwerks eingeworben werden. Der Lenkungsausschuss für Kulturerbeschutz (CD-PAT) sprach sich für die Nutzung von HEREIN als Hauptinstrument für die vergleichende Analyse und Beobachtung von Problemstellungen des Kulturerbeschutzes aus.

c. OECD

Nach Gründung der Direktion Bildungswesen im Jahr 2002 hat die OECD im Berichtszeitraum einen Reformprozess mit dem Ziel eingeleitet, den Bildungsbereich stärker strategisch auszurichten und mehr Kohärenz zwischen den von fünf unabhängigen Lenkungsgruppen gesteuerten Aktivitäten herzustellen.

Ein Höhepunkt der OECD-Zusammenarbeit in den letzten Jahren war aus deutscher Sicht die internationale Abschlusskonferenz „Verfahrensweisen zur Verstärkung von Anreizen und Mechanismen zur Kofinanzierung von Lebenslangen Lernens“ vom 8. bis 10. Oktober 2003 auf dem Bonner Petersberg. 27 Staaten waren hochrangig vertreten. Hauptanliegen der Veranstaltung war es, den Dialog der betroffenen Akteure aus Politik und Wirtschaft zur Finanzierung des lebenslangen Lernens zu intensivieren und zusätzliche Chancen und Möglichkeiten des strukturellen Zusammenwirkens aufzuzeigen. Die Ergebnisse dieser Konferenz werden im Arbeitsprogramm der OECD umgesetzt. Dabei fließen die Analysen und Empfehlungen der deutschen Expertenkommission „Finanzierung Lebenslangen Lernens“ in die Beratungen ein.

Vom 18. bis 19. März 2004 veranstaltete die OECD gemeinsam mit der irischen Regierung ein Bildungsministertreffen in Dublin. Die deutsche Delegation wurde geleitet von Staatssekretär Wolf-Michael Catenhusen (BMBF). Die Länderseite war durch die schleswig-holsteinische Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave vertreten. Hauptthemen des Treffens waren Anhebung des Leistungsniveaus in Schulen sowie Verbesserung des Angebots von Lehrern und Steigerung der Lehrereffektivität.

An der OECD-Studie zur Lehrerpoltik „Attracting Developing and Retaining Effective Teachers“ haben sich 25 Staaten, darunter auch Deutschland, beteiligt. Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg und Nordrhein-Westfalen nahmen an einer vertieften Untersuchung im Rahmen der Studie teil. Sie wurde mit einer internationalen Konferenz am 18./19. Januar 2004 in Amsterdam abgeschlossen, bei der die Ergebnisse vorgestellt und erörtert wurden.

Nachdem die Veröffentlichung der Ergebnisse von PISA (Programme for International Student Assessment) 2000 die bildungspolitische Diskussion im Jahr 2002 stark beeinflusst hatte, wurde im Berichtszeitraum die zweite Staffel – PISA 2003 – durchgeführt, bei der der Test mathematischer Grundfertigkeiten der Schüler im Vordergrund stand. Erste Ergebnisse wurden Ende 2004 veröffentlicht. Vertiefende Ergebnisse werden in thematischen Bänden in den Jahren 2005 bis 2007 publiziert.

d. UNESCO

Ziel der UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization; www.unesco.org) ist es, durch Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf den Gebieten der Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation zur Erhaltung des Friedens und zur Vertrauensbildung beizutragen.

Deutschland ist seit 1951 Mitglied und war 2004 mit einem Anteil von 26,8 Mio. US-Dollar (8,781 Prozent) nach den 2003 wieder beigetretenen USA und Japan drittgrößter Beitragszahler. Ende 2004 hatte die UNESCO 190 Mitgliedstaaten.

2004 stand bei der UNESCO die Ausarbeitung eines Übereinkommens zum Schutz der kulturellen Vielfalt im Vordergrund, für das sich Deutschland und Frankreich in der gemeinsamen Erklärung beider Regierungen zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages im Januar 2003 ausgesprochen hatten. Diese Bestrebungen stehen in direktem Zusammenhang mit dem 1994 vereinbarten Allgemeinen Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen GATS (General Agreement on Trade in Services) im Rahmen der WTO, auf dessen Grundlage Verhandlungen für weitergehende Liberalisierungen auch bei kulturellen, audiovisuellen und Bildungsdienstleistungen geführt werden. In diesem Zusammenhang initiierte die Deutsche UNESCO-Kommission als Mittler des Auswärtigen Amtes im Juni 2004 eine Bundesweite Koalition Kulturelle Vielfalt zur Einbindung der Zivilgesellschaft.

Große Aufmerksamkeit durch die Medien und in der Öffentlichkeit genießt das UNESCO-Programm zur Erhaltung des Kultur- und Naturerbes der Welt. Bund und Länder nehmen seit Jahren ihre Verantwortung für den Erhalt der Welterbestätten in Deutschland mit viel Engagement wahr. Ergebnis dieser Bemühungen ist, dass Deutschland derzeit mit 30 von 788 Welterbestätten auf der Liste vertreten ist. 2004 gelang es, drei neue Stätten aufzunehmen: das Elbtal in Dresden, Rathaus und Roland in Bremen sowie den Muskauer Park als gemeinsamen polnisch-deutschen Eintrag. 2003 begann für Deutschland die erste periodische Berichterstattung über den Erhaltungszustand der deutschen Welterbestätten. Der erste Teilbericht, der die Umsetzung der Konvention generell in Deutschland beschreibt, ist von der KMK in Abstimmung mit den Bundesressorts fertiggestellt worden. Der zweite Teil, der sich mit dem Zustand der Welterbestätten beschäftigt, wird 2005 vorgelegt.

Deutschland war 2004 Mitglied des UNESCO-Exekutivrates und stellte mit Botschafter Hans-Heinrich Wrede auch den Vorsitzenden dieses wichtigsten Leitungsgremiums der Organisation. Damit hatte erstmals ein Deutscher eine der drei UNESCO-Spitzenpositionen inne.

Die 47. Weltbildungsministerkonferenz (ICE) fand vom 8. bis 11. September 2004 in Genf statt. Sie stand unter dem Motto „Bildungsqualität für alle jungen Menschen“. Die deutsche Delegation wurde von Günter Portune, Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium für Kultus, geleitet.

In Deutschland sind zwei Bildungseinrichtungen der UNESCO ansässig: das Internationale UNESCO-Zentrum für Berufsbildung (UNEVOC) arbeitet seit 2000 mit Unterstützung der Bundesregierung, der Bundesstadt Bonn und anderer öffentlicher und privater Stellen in Bonn. Seit 1951 ist das UNESCO-Institut für Pädagogik (UIP) in Hamburg angesiedelt, das sich mit Problemen der Erwachsenenbildung und der Alphabetisierung befasst. Im Sinne einer Gleichstellung mit vergleichbaren UNESCO-Bildungsinstituten ist entschieden worden, das Institut vollständig in den UNESCO-Bereich zu überführen und die institutionelle Förderung schrittweise bis zum Jahr 2005 einzustellen; die Projektförderung des Instituts durch das Auswärtige Amt bleibt davon unberührt.

Die Vereinten Nationen haben für den Zeitraum von 2005 bis 2014 die Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgerufen und die UNESCO mit der Koordinierung der internationalen Aktivitäten betraut. Diese Dekade wird in der kommenden Zeit einen strukturierenden Rahmen für viele Aktivitäten in Deutschland darstellen. Dafür wurden schon 2004 die bildungspolitischen Weichen gestellt. Der Deutsche Bundestag hat im Vorfeld der UN-Dekade am 1. Juli 2004 mit einem einstimmigen Beschluss die Erstellung eines nationalen Aktionsplanes „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ gefordert. Die Deutsche UNESCO-Kommission hat in Deutschland – ähnlich wie die UNESCO innerhalb des Systems der Vereinten Nationen – eine koordinierende Funktion übernommen und wird dafür vom BMBF unterstützt und finanziell ausgestattet. Ein von der Deutsche UNESCO-Kommission eingesetztes Nationalkomitee versammelt Experten aus Wissenschaft, Kultur und Medien, Vertreter des Deutschen Bundestages, der Bundesregierung und der Kultusministerkonferenz sowie Persönlichkeiten, die sich in der Öffentlichkeit für die Idee der Nachhaltigkeit einsetzen. Die erste Aufgabe des Nationalkomitees war es, bis zum Jahresende 2004 den nationalen Aktionsplan zu entwickeln und abzustimmen. Das Hauptziel des Aktionsplans zur UN-Dekade ist es, den Gedanken der nachhaltigen Entwicklung in allen Bildungsbereichen in Deutschland zu verankern.

Mit dem Beitrag der beruflichen Bildung zur Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung befasste sich das UNESCO International Experts Meeting „Learning for Work, Citizenship and Sustainability“, das vom 25. bis 28. Oktober 2005 in Bonn stattfand. Die von der UNESCO und dem UNESCO-UNEVOC-Zentrum für Berufsbildung in Zusammenarbeit mit dem BMBF ausgerichtete Veranstaltung war eine Nachfolgekonferenz des 1999 in Seoul durchgeführten Zweiten Internationalen Kongresses für Berufsbildung der UNESCO. Mit dem Ziel, das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung stärker als bislang in den Mittelpunkt der weltweiten Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung zu rücken, wurde ein internationaler Aktionsplan erarbeitet, der gezielte Vorschläge für die weltweite Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ im Bereich der Berufsbildung enthält.

III. Mittlerorganisationen des Auswärtigen Amtes und andere Einrichtungen der AKBP

1. Goethe-Institut (GI)

Das GI ist die größte der nichtstaatlichen Mittlerorganisationen, die im Auftrag der Bundesregierung mit der selbstständigen Wahrnehmung kulturpolitischer Aufgaben im Ausland betraut sind und hierfür staatliche Gelder erhalten.

Zentrale Aufgaben des Goethe-Instituts sind:

- Die Förderung der Kenntnis der deutschen Sprache durch eigene Sprachkurse und die enge Zusammenarbeit mit ausländischen Einrichtungen, die sich ihrerseits der Verbreitung der deutschen Sprache widmen;
- Die Pflege der internationalen kulturellen Zusammenarbeit, vor allem durch die Durchführung von Kulturprogrammen; dies geschieht in enger Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern;
- Die Vermittlung eines umfassenden Deutschlandbildes durch Informationen über das kulturelle, gesellschaftliche und politische Leben.

Die Gesamtzahl der Mitarbeiter des GI lag Ende 2004 bei über 3 000. Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben im Ausland erhält das GI eine jährliche Zuwendung des Auswärtigen Amtes (siehe Tabelle unten).

In den letzten Jahren ist es trotz der Haushaltszwänge gelungen, nicht zuletzt auch durch neue Erscheinungsformen des GI (Lesesäle, Lehrmittelzentren, Sprachlernzentren in MOE-Staaten, Dialogpunkte in der islamischen Welt usw.), die weltweite Präsenz des GI weiter auszubauen. Im April 2004 konnte in Laibach ein neues GI eröffnet werden, und in Pjöngjang stellt seit Juni 2004 ein GI-Lesesaal Informationen aus und über Deutschland bereit. Daneben ist das GI in Havanna, Shanghai und Teheran mit Mitarbeitern an den Auslandsvertretungen vertre-

ten, um Institutseröffnungen vorzubereiten. Insgesamt verfügt das GI derzeit weltweit über 721 Anlaufstellen in 108 Ländern (123 Kulturinstitute und 5 Außenstellen in 79 Ländern, ferner 16 Goethe-Institute in Deutschland, 56 geförderte deutsch-ausländische Kulturgesellschaften/Goethe-Zentren, 57 deutsche Lesesäle, 11 Dialogpunkte, 161 Lernmittelzentren, 33 Sprachlernzentren und 259 lizenzierte Prüfungspartner).

Von zunehmender Bedeutung ist die Kooperation mit anderen europäischen Kulturinstituten, z. B. in Form von gemeinsamen Unterbringungen im Ausland. Im Mai 2004 wurde das GI in Ramallah mit dem französischen Kulturinstitut zu einem gemeinsamen deutsch-französischen Kulturzentrum zusammengelegt. In Stockholm öffnete im April 2005 das gemeinsam vom Instituto Cervantes und GI betriebene Kulturinstitut, in Algier ist eine ähnliche Form der Zusammenarbeit vorgesehen. Im Juni 2005 konnten in Glasgow das einjährige Bestehen der Kollokation von Alliance Francaise und GI sowie die Einweihung des von British Council und GI gemeinsam genutzten Gebäudes in Kiew gefeiert werden.

Neben der Fortentwicklung des Institutsnetzes erproben Auswärtiges Amt und GI derzeit eine neue Form der strategischen Steuerung. Seit Anfang 2005 läuft ein Pilotprojekt zur Steuerung des GI in der Region Italien durch strategische Zielvereinbarungen bei gleichzeitiger Gewährung größerer Handlungsfreiheit für das GI bei der Mittelverwendung.

2. Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)

Als größte deutsche Förderorganisation für die internationale Hochschulzusammenarbeit erfüllt der DAAD mit erheblichen öffentlichen Finanzmitteln zugleich Aufgaben der AKBP, der Entwicklungspolitik sowie der nationalen Hochschulpolitik. Darüber hinaus nimmt der DAAD eine Mittlerfunktion im Rahmen der europäischen Bildungspolitik wahr, insbesondere bei den Austausch- und Mobilitätsprogrammen der EU. Diese Mittlerfunktion spiegelt sich im Haushalt des DAAD und seinen Finanzierungswegen wider.

Jahr	Betriebsmittel-zuschuss des AA in Mio. €	Projektmittel-zuschuss des AA in Mio. €	Investitionen des AA in Mio. €	Gesamtförderung des AA in Mio. €
2003 (Ist)	116,2	45,4	2,7	164,3
2003 ATP*	0,3	2,0		2,3
2003 (Gesamt Ist)	116,5	47,4	2,7	166,6
2004 (Ist)	111,8	44,4	2,3	158,5
2004 ATP*		1,6		1,6
2004 (Gesamt Ist)	111,8	46,0	2,3	160,1

* ATP: zeitlich begrenzte Sondermittel aus Anti-Terrorprogrammen.

Vom Haushalt des DAAD trägt das Auswärtige Amt als institutioneller Förderer den weitaus größten Teil der Verwaltungskosten und den größten Teil der Programmkosten. Der DAAD erhielt vom Auswärtigen Amt 2004 Programmmittel insbesondere für den Studierenden- und Wissenschaftlertausch in Höhe von 98,3 Mio. Euro (inkl. Mittel für die Stabilitätspakte Südosteuropa und Afghanistan und für den Europäisch-Islamischen Dialog); hinzu kamen zur Finanzierung von Sach-, Personal- und Verwaltungskosten 20 Mio. Euro. Die Projektförderung von Seiten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung belief sich auf 60,5 Mio. Euro.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung förderte in Höhe von 21,7 Mio. Euro Bildungsprojekte (Hochschulkooperationen) im entwicklungspolitischen Bereich.

Der DAAD förderte 2004 insgesamt 49 639 Studierende, Graduierte und Wissenschaftler. Von den 29 412 geförderten Ausländern waren 23 423 Studierende und Graduierte, 5 989 Wissenschaftler, Künstler und Administratoren. Von den insgesamt 20 227 geförderten Deutschen waren 14 694 Studierende und Graduierte, 5 533 Wissenschaftler, Künstler und Administratoren. Zusätzlich wurden im Rahmen des SOKRATES/ERASMUS- und des LEONARDO DA VINCI-Programms insgesamt 25 214 EU-Stipendiaten gefördert.

3. Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH)

Die AvH widmet sich dem internationalen Austausch hoch qualifizierter Wissenschaftler und trägt damit wesentlich zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands als Hochschul- und Wissenschaftsstandort bei. Sie erhielt hierzu im Haushaltsjahr 2004 vom Auswärtigen Amt 21,5 Mio. Euro an Projektmitteln sowie zur Finanzierung von Sach-, Personal- und Investitionsausgaben 4,7 Mio. Euro. Die Projektförderung von Seiten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung betrug 19,9 Mio. Euro, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wendete 2,9 Mio. Euro zu.

Alexander von Humboldt-Stiftung:

Die AvH förderte 2004 1 360 ausländische Wissenschaftler mit einem Forschungsstipendium in Deutschland, hiervon 383 im Rahmen des Nachkontaktprogramms (Wiederaufnahmen/Wiedereinladungen) und zusätzlich weitere 354 durch Kurz- und Konferenzaufenthalte. Zudem hielten sich 335 Forschungspreisträger in Deutschland auf und 20 Bundeskanzler-Stipendiaten begannen ihren Forschungsaufenthalt (je 10 aus den USA und der Russischen Föderation). 2004 wurden insgesamt 113 deutsche Wissenschaftler im Ausland gefördert (mit Feodor Lynen-Forschungsstipendien oder Forschungsstipendien der Japan Society for the Promotion of Science und der NSC of Taiwan). Die AvH finanzierte aus Mitteln des Auswärtigen Amts Sachspenden im Gesamtwert von rund 600 000 Euro.

4. Institut für Auslandsbeziehungen (ifa), Stuttgart

Das ifa (www.ifa.de) engagiert sich weltweit für Kunstaustausch, den Dialog der Zivilgesellschaften, die Vermittlung außenkulturpolitischer Informationen und fördert das Verständnis für Deutschland im Ausland. Der Gesamtetat des ifa betrug im Jahr 2004 16,6 Mio. Euro.

Das Auswärtige Amt trug 3,375 Mio. Euro (69 Prozent) an institutioneller Förderung und 9,851 Mio. Euro (83 Prozent) an Projektförderung bei. Das Land Baden-Württemberg steuerte 0,69 Mio. Euro und die Stadt Stuttgart 0,307 Mio. Euro zum Haushalt des ifa bei. Im Jahr 2004 beschäftigte das ifa 70,5 Festangestellte und 46 Mitarbeiter aus Programmmitteln.

Arbeitsschwerpunkte des ifa:

- Förderung des internationalen Kunstaustauschs durch Ausstellungstourneen zeitgenössischer deutscher Kunst im Ausland; Präsentation zeitgenössischer Kunst aus Transformations- und Entwicklungsländern in den ifa-Galerien in Stuttgart und Berlin; Informationsdatenbanken zur Bildenden Kunst; Ausstellungsförderung; Online-Magazin zur zeitgenössischen Kunst aus der Islamischen Welt;
- Förderung des internationalen und interkulturellen Dialogs durch internationale Symposien wie „deutsch-arabische Mediendialoge“ oder „Stuttgarter Schlossgespräche“;
- Informationsforum der AKBP und der internationalen Kulturbeziehungen (durch eine Spezialbibliothek mit Internet-Portalen und die „Zeitschrift für Kulturaustausch“) und Förderung der politischen und wissenschaftlichen Diskussion; Synergiestudien zu den deutsch-ausländischen Kulturbeziehungen mit der Robert Bosch Stiftung und dem Auswärtigen Amt;
- Programme zur kulturellen Förderung deutscher Minderheiten in MOE- und GUS-Staaten;
- Förderung der Entwicklung freier und unabhängiger Medien im Rahmen des Stabilitätspakts Südosteuropa (Media-im-Pakt);
- Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte der Gewaltprävention, Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung im Rahmen des vom Auswärtigen Amt veröffentlichten „Förderkonzepts“ (zivik);
- Kurse für Deutsch als Fremdsprache in Stuttgart (Eigenmittelbereich des ifa).

5. Bundesverwaltungsamt – Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA)

Die ZfA ist eine Abteilung des Bundesverwaltungsamts (selbständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern (BMI) mit Sitz in Köln). Sie untersteht der Dienstaufsicht des BMI und der

Fachaufsicht des Auswärtigen Amts, dem es administrativ und konzeptionell zuarbeitet. Ihre Aufgabe ist die pädagogische, personelle und finanzielle Betreuung der schulischen Arbeit im Ausland. Sie fördert derzeit 117 deutsche Auslandsschulen und 358 ausländische schulische Einrichtungen mit rund 1 900 vermittelten Lehrkräften und Fachberatern.

Die ZfA ist verantwortlich für die Auswahl, Vorbereitung und Fortbildung der Lehrkräfte und des pädagogischen Leitungspersonals. Sie berät private und öffentliche Träger der Schulen (Schulvereinsvorstände, Schulverwaltungen und staatliche Partner im Ausland) in pädagogischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Angelegenheiten. Die Beratung richtet sich auf die Wahrnehmung der Eigenverantwortung der Schulen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Bildungsmärkten.

In enger Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt führt die ZfA Lehrerentsendeprogramme und Maßnahmen zur Förderung eines intensiven Deutschunterrichts an ausländischen Schulen durch und koordiniert gemeinsame Aufgaben von Bund und Ländern. Zur pädagogischen und organisatorischen Erfüllung dieses Auftrags setzt sie Fachberater in 32 Ländern ein.

Der Schulfonds lag 2004 bei 175,5 Mio. Euro. Daraus leistet die ZfA Zuwendungen an Auslandsschulen und vermittelte Lehrkräfte, für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie die Durchführung von Prüfungen. Darüber hinaus finanziert sie u. a. Ausgaben für deutsche Lehrkräfte an Europäischen Schulen, Projekte des Pädagogischen Austauschdienstes und die Ausgaben für Fachberater des GI.

6. Pädagogischer Austauschdienst (PAD)

Der PAD ist eine Abteilung im Sekretariat der Kultusministerkonferenz der Länder. Im Auftrag des Auswärtigen Amts, das 2004 Projektmittel in Höhe von 3,9 Mio. Euro und 650 000 Euro Personal- und Sachkosten für 10 Mitarbeiter bereitstellte, führt der PAD Austauschmaßnahmen im Schulbereich (vgl. Kap. II.7.b) durch und fördert internationale Kontakte von Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften, Fremdsprachenassistenten und Schulen.

2004 fand erneut das vom PAD durchgeführte „Lehrerinnenprogramm“ statt, das 2001 im Rahmen des Europäischen-Islamischen Kulturdialogs eingeführt wurde und sich an hochrangige Multiplikatorinnen aus islamisch geprägten Ländern richtet.

Weitere Programme sind das Lehreraustauschprogramm, das Weiterbildungsprogramm für Ortskräfte an deutschen Auslandsschulen, Hospitationen und Fortbildungskurse für deutsche und ausländische Lehrer (2004 rund 1 000 Teilnehmende).

Im Auftrag der Länder ist der PAD seit 1995 als Nationale Agentur für das SOKRATES-Programm der EU im Schulbereich mit der Umsetzung der EU-Programme

COMENIUS und LINGUA (schulbezogene Maßnahmen) beauftragt (vgl. Kap. II.9.a).

7. Deutsche UNESCO Kommission e. V. (DUK)

Die DUK (www.unesco.de) mit Sitz in Bonn ist die deutsche Nationalkommission nach Artikel VII der UNESCO-Verfassung und somit Verbindungsglied zwischen Deutschland und der UNESCO. Sie nimmt Beratungsaufgaben und Verbindung mit der Zivilgesellschaft in allen UNESCO-Angelegenheiten sowie in ausgewählten Europaratsfragen wahr. Gemeinsam mit ihren Partnern in Österreich, der Schweiz und Luxemburg koordiniert die DUK deutschsprachige Informations- und Öffentlichkeitsarbeit in allen Bereichen der UNESCO. Sie wurde 2004 vom Auswärtigen Amt mit insgesamt rund 1,2 Mio. Euro gefördert. Dies entsprach 87 Prozent ihres Gesamthaushalts. Darüber hinaus erhielt sie Projektmittel vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, von der Bundeszentrale für politische Bildung und von der UNESCO und warb weitere Gelder von Sponsoren, Spendern und anderen Zuwendungsgebern in Höhe von insgesamt 500 000 Euro für die weltweiten Programme der UNESCO ein. Im Auftrag der Bundesregierung koordiniert sie die Umsetzung der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (2005 bis 2014) in Deutschland.

8. Deutsches Archäologisches Institut (DAI)

Das 1829 gegründete und seit 1874 – mit einer Unterbrechung zwischen 1934 und 1970 – dem Auswärtigen Amt zugeordnete DAI mit Sitz in Berlin führt mit seinen mehr als 250 festangestellten Beschäftigten archäologische Ausgrabungen und Forschungen durch und pflegt Kontakte zur internationalen Wissenschaft. Es unterhält im Ausland Abteilungen in Rom, Athen, Kairo, Istanbul und Madrid sowie Außenstellen in Teheran, Bagdad, Sanaa und Damaskus. Im Bundeshaushalt 2004 wurden dem DAI 21,385 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Das vergangene Jahr stand ganz im Zeichen des 175-jährigen Jubiläums des DAI, das zunächst im April 2004 am Gründungsort in Rom und später dann auch mit einem Festakt, einer Ausstellung und einem Wissenschaftskongress im Auswärtigen Amt gewürdigt wurde. Außerdem feierte die Abteilung Istanbul ihren 75. und die Abteilung Madrid ihren 50. Geburtstag; letztere wurde sogar vom spanischen König mit der Medaille der Real Fundación de Toledo ausgezeichnet.

An allen Auslandsstandorten konnte die vertrauensvolle Zusammenarbeit deutscher Archäologen mit ihren internationalen Partnern erfolgreich fortgesetzt werden. In der Berliner Zentrale waren zahlreiche Besucher aus dem Ausland – darunter beispielsweise der iranische Vize-Präsident Hossein Marashi – zu Gast, wichtige Satzungsänderungen wurden erarbeitet, und mithilfe einer ausführlichen Organisationsberatung durch das Auswärtige Amt konnten Ansatzpunkte für eine Verschlankung der Ver-

waltung, für Einsparmöglichkeiten und eine Effektivisierung der Arbeitsabläufe herausgearbeitet werden.

Seiner wachsenden Bedeutung für den Europäisch-Islamischen Kulturdialog wurde das DAI mit Sonderveranstaltungen wie einem eigenen Runden Tisch bei der Botschafterkonferenz 2004 oder als Mitorganisator der „Tage der arabischen Welt“ im Deutschen Bundestag (1./2. Dezember 2004) gerecht.

9. Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland (DGIA)

Im Bereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung werden sieben geisteswissenschaftliche Forschungsinstitute in ausgewählten Partnerstaaten unterhalten und institutionell gefördert, deren Arbeit auch auf die Auswärtige Kulturpolitik ausstrahlt. Ein inhaltlicher Schwerpunkt liegt dabei auf der historischen Forschung, die derzeit in den fünf Deutschen Historischen Instituten (DHI) in Rom, Paris, London, Washington und Warschau betrieben wird. Daneben sind das Orient-Institut in Beirut und Istanbul auf dem Gebiet der Orientalistik und das Deutsche Institut für Japanstudien in Tokyo im Bereich der geistes-, sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Forschung tätig.

Alle Institute gehören der öffentlich-rechtlichen „Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland“ (DGIA) an, deren Errichtung die Zusammenarbeit untereinander stärken und die Sichtbarkeit der Institute in ihrer Gesamtheit fördern soll.

Im Jahr 2004 wurden die auf eine Initiative der Zeit-Stiftung und der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung zurückgehenden Vorbereitungen zur Gründung eines Deutschen Historischen Instituts in Moskau zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht. Das DHI Moskau wird als Projekt der Stiftung DGIA aufgebaut und soll im September 2005 offiziell eröffnet werden. Außerdem wurde mit den Vorbereitungen für die Übernahme des Deutschen Forums für Kunstgeschichte in Paris in die Stiftung DGIA begonnen, die zum 1. Januar 2006 angestrebt wird.

In Rom und Florenz existieren außerdem als Institute der Max-Planck-Gesellschaft die Bibliotheca Hertziana und das Kunsthistorische Institut, deren Arbeitsschwerpunkte auf kunstgeschichtlichen Forschungsgebieten liegen.

10. Kulturstiftung des Bundes (KSB)

Die Anfang des Jahres 2002 gegründete KSB ist eine rechtsfähige gemeinnützige Stiftung des Bürgerlichen Rechts mit Sitz in Halle an der Saale. Sie ist mit einem Grundvermögen von 250 000 Euro ausgestattet und erhält zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben zudem eine jährliche Zuwendung aus dem Haushalt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. In der Aufbauphase standen im Jahr 2002 rund 13 Mio. Euro und in 2003 rund 25 Mio. Euro zur Verfügung. 2004 standen der KSB zur Förderung von Kulturvorhaben rund 38,675 Mio. Euro zur Verfügung.

Zweck der Stiftung ist die Förderung von Kunst und Kultur im Rahmen der Zuständigkeit des Bundes. Einen Schwerpunkt bildet dabei die Förderung innovativer Programme und Projekte im internationalen Kontext. Wichtig erscheint in diesem Zusammenhang die Feststellung, dass sich Kulturförderung heute nicht auf die Erhaltung des jeweils nationalen Erbes beschränken kann. Mit der Erweiterung um die Staaten des ehemaligen Ostblocks kommen auf die Staaten der EU enorme Aufgaben und Herausforderungen zu – dabei sind Integrationsleistungen nicht nur im politischen und wirtschaftlichen, sondern auch im kulturellen Bereich zu erbringen. Doch auch über die europäischen Verhältnisse hinaus rücken die Überbrückung kultureller Grenzen, die künstlerische Kooperation und der kulturelle Austausch immer mehr in den Vordergrund des Aufgabenkatalogs von Kulturpolitik. Die KSB leistet hier einen wichtigen und wertvollen Beitrag.

Die KSB hat ihren Förderauftrag in zwei verschiedene, organisatorisch getrennte Förderbereiche aufgeteilt. Der Bereich der Allgemeinen Projektförderung ist offen für Anträge von Künstlerinnen und Künstlern aus Deutschland wie auch aus dem Ausland. Über die eingehenden Anträge entscheidet in regelmäßigen Abständen eine unabhängige Jury. Die KSB ruft darüber hinaus zu bestimmten Themenfeldern aus eigener Initiative Programme ins Leben. Derzeit gibt es bei der KSB vier solcher Programmbereiche. Im Programmbereich „Mittel- und Osteuropa“ hat die KSB 2004 u. a. den Fonds „Deutsch-polnische Kulturprojekte“ ins Leben gerufen, der über eine Laufzeit von drei Jahren gemeinsame Vorhaben von deutschen und polnischen Künstlern fördert. Entsprechende Fonds mit weiteren EU-Beitrittsländern sollen folgen. Aus dem Programmbereich „Die kulturelle Herausforderung des 11. September 2001“ ist beispielhaft die Förderung des vom GI getragenen Online-Magazins „Litrix“ zu nennen, das die Informationswege des Internets nutzt, um für zeitgenössische Werke der deutschen Literatur Übersetzungen in andere Sprachen anzulegen.

11. Haus der Kulturen der Welt (HKW)

Seit der Gründung 1989 hat sich das HKW in der ehemaligen Kongresshalle in Berlin zu einem profilierten Zentrum für zeitgenössische Kunst aus Afrika, Asien und Lateinamerika entwickelt. Das HKW mit seinem Auditorium, der Ausstellungshalle, dem Theatersaal und den Konferenzräumen arbeitet mit allen Kunstformen (Bildende Kunst, Tanz, Theater, Musik, Literatur, Film und Medien). Die Projekte werden in Zusammenarbeit mit Experten, Kuratoren und Künstlern aus aller Welt entwickelt und umgesetzt. Das HKW wird von einem international besetzten Programmbeirat beraten. Regelmäßig wiederkehrende Festivals, thematische oder regionale Veranstaltungsreihen prägen die Programmstruktur des Hauses.

Mit einem Programmetat von rund 4,8 Mio. Euro, der sich aus Zuwendungen, Erlösen und Sponsoringeinnahmen zusammensetzt, wurden 2004 insgesamt 440 Veranstaltungen durchgeführt, und es fanden darüber hinaus 36 Gastveranstaltungen statt. Schwerpunkte bildeten

2004 die interdisziplinären mehrwöchigen Verbundprogramme „Entfernte Nähe“ (Neue Positionen iranischer Künstler) und „Black Atlantic“ (Travelling Cultures, Counter-Histories, Networked Identities). Darüber hinaus wurden das Performance-Festival „In Transit“, die Musik-Festivals „Trasonic“ und „popdeurope“ sowie zahlreiche Lesungen, Kongresse und Jugendveranstaltungen durchgeführt (jeweils regionenübergreifend).

Seit 2002 bildet das HKW einen Geschäftsbereich der „Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH“ (KBB), zu der auch die Berliner Festspiele einschließlich des Martin-Gropius-Baus und die Internationalen Filmfestspiele gehören. Die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und der Medien (BKM) ist Alleingesellschafter der KBB. Die BKM förderte 2004 die Programmarbeit des HKW institutionell mit 2,04 Mio. Euro. Die Programmarbeit des HKW wurde 2004 vom Auswärtigen Amt mit 1,245 Mio. Euro sowie von der Kulturstiftung des Bundes, dem Hauptstadtkulturfonds, der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin, der Bundeszentrale für Politische Bildung und anderen Zuwendungsgebern und Sponsoren mit insgesamt 942 000 Euro unterstützt.

12. Deutsch-ausländische Kulturgesellschaften

Das Auswärtige Amt fördert weltweit ca. 180 deutsch-ausländische Kulturgesellschaften, Vereine lokalen Rechts, die sich den Kulturaustausch mit Deutschland zum Ziel gesetzt haben und in diesem Rahmen Kulturveranstaltungen und/oder Sprachkurse für Deutsch anbieten. Die Förderung umfasst die Bereitstellung von Projektmitteln (keine institutionelle Förderung) und erfolgt bei ca. 50 Kulturgesellschaften über das GI, bei den übrigen über die Auslandsvertretungen. 2004 standen Projektmittel in Höhe von insgesamt 4,1 Mio. Euro zur Verfügung.

Die Kulturgesellschaften leisten einen wichtigen Beitrag zum bilateralen Dialog und Kulturaustausch und gewinnen Sympathien für Deutschland in ihrem Land. Durch lokale Trägerstruktur sind sie gut im Gastland verankert und erhöhen in Ergänzung zu den Goethe-Instituten und anderen Mittlern die Reichweite der AKBP in Länder oder Landesteile hinein, in denen das GI nicht (mehr) präsent sein kann. Koordinierende Betreuung durch die Auslandsvertretungen und fachliche Beratung durch das Goethe-Institut gewährleisten eine enge Einbindung in das Netzwerk der deutschen Kulturarbeit im Gastland. An ausgewählten Standorten in Mittel- und Osteuropa wurde in öffentlich-privater Partnerschaft mit der Robert Bosch Stiftung und dem ifa seit 2002 ein neues Modell von Kulturzentren entwickelt, die durch das Auswärtige Amt mit Projektmitteln und von der Robert Bosch Stiftung durch Entsendung eines Kulturmanagers als Leiter des Zentrums unterstützt werden (s. Kap. I.3.c). Durch Bereitstellung von Sondermitteln konnten im Jahr 2004 11 Kulturzentren in Mittel- und Osteuropa, u. a. in der Ukraine, Polen, Bulgarien und Ungarn, neu in die Förderung aufgenommen werden. An derzeit 11 von insgesamt 29 Zentren in Mittel- und Osteuropa sind Robert Bosch Kulturmanager tätig. Eine Ausweitung der öffentlich-privaten Zusammenarbeit auf weitere Standorte ist geplant.

Im Inland unterstützt das Auswärtige Amt die Projektarbeit von ca. 30 gemeinnützigen Gesellschaften und Vereinen, die sich mit Kultur- und Informationsveranstaltungen für den bilateralen Kulturaustausch mit dem Ausland einsetzen (2004: 288 000 Euro). Zusätzlich wurde die Projektarbeit von 5 Deutsch-Amerikanischen Instituten mit 302 000 Euro gefördert.

Durch diese Form der Förderung des Kulturdialogs im Inland wird die Kulturarbeit im Ausland im Sinne eines Austauschs in beide Richtungen wirksam ergänzt.

